

(Beginn: 15:38 Uhr - Ende: 17:40 Uhr)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Ich eröffne die 40. Sitzung des Rates der Stadt Köln in der Wahlperiode 2009/2014 und begrüße unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister sowie natürlich Sie alle ganz herzlich.

Besonders begrüßen möchte ich heute die beiden neuen Ratsmitglieder, Herrn Lutz Tempel und Herrn Michael Weisenstein, die ich gleich verpflichten werde. Herr Tempel folgt Herrn Zimmermann nach, der sein Mandat am 1. Februar niedergelegt hat. Herr Weisenstein folgt Frau Senol nach, die ihr Mandat am 1. Januar 2013 niedergelegt hat. Die beiden Genannten wurden als Nachfolger gemäß § 45 des Kommunalwahlgesetzes festgestellt und haben die Nachfolge bereits angenommen.

Ich darf Herrn Weisenstein und Herrn Tempel zu mir nach vorn bitten.

Ich bitte Sie, sich zu erheben, auch die Zuschauer auf der Tribüne.

Herr Weisenstein, im Sinne des § 5 unserer Hauptsatzung verpflichte ich Sie, Ihre Aufgaben als Ratsmitglied des Rates der Stadt Köln nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz und die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen und die Gesetze zu beachten und Ihre Pflichten zum Wohle der Stadt Köln zu erfüllen. - Herzlichen Glückwunsch!

(Michael Weisenstein [Die Linke.]:
Danke schön!)

Herr Tempel, im Sinne des § 5 unserer Hauptsatzung verpflichte ich Sie, Ihre Aufgaben als Ratsmitglied des Rates der Stadt Köln nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz und die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen und die Gesetze zu beachten und Ihre Pflichten zum Wohle der Stadt Köln zu erfüllen. - Ich begrüße Sie im Kreise der Kolleginnen und Kollegen. Auf gute Zusammenarbeit!

(Beifall)

Dann fahren wir fort. Nach den mir vorliegenden Meldungen sind heute Frau Thelen, Frau Tull, Frau Welcker, Herr Houben, Herr Bürgermeister

Wolf sowie Frau Dr. Herbers-Rauhut entschuldigt.

Ich kann Ihnen die erfreuliche Nachricht mitteilen, dass Frau Dr. Herbers-Rauhut eine Tochter bekommen hat, und gratuliere dazu ganz herzlich.

(Beifall)

Als Stimmzähler benenne ich Frau Schmerbach, Herrn Dr. Strahl und Herrn Brust.

(Winrich Granitzka [CDU]: Gute Wahl!)

Bevor wir mit den Beratungen beginnen, müssen wir die heutige Tagesordnung festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zu- und Absetzungen sind im Entwurf gekennzeichnet. Die nachträglich eingegangenen Änderungsanträge finden Sie bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten.

Die Fraktion pro Köln hat gestern per Fax an den Postservice der Stadt einen Antrag auf Durchführung einer Aktuellen Stunde zum Thema „Klare Versorgungsstrukturen und Hilfe für Opfer sexueller Gewalt“ gestellt, den wir als Punkt 1.1 behandeln werden. Ich will aber deutlich darauf hinweisen, dass die Anmeldung künftig an das Amt des Oberbürgermeisters zu richten ist und nicht an eine sonstige Stelle in unserer Verwaltung.

Kommen wir zu den Zu- und Absetzungen. Die Verwaltung schlägt die Zusetzung folgender Punkte vor: 4.1.3, 14.3, 17.3, 17.4, 17.5, 17.6, 17.7, 17.8, 17.9, 17.10 und 17.11 sowie im nichtöffentlichen Teil 24.6 und 25.1, wobei letzterer gleich wieder abgesetzt wird.

Abgesetzt wurden die Tagesordnungspunkte 2.1, 6.2.2, 10.16, 12.1 und 17.2 sowie im nichtöffentlichen Teil 25.1.

Gibt es Wortmeldungen hierzu? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Tagesordnung abstimmen. - Herr Uckermann, bitte.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir haben in unserem Antrag auf Durchführung einer Aktuellen Stunde unter anderem beantragt, Fachleute einzuladen.

(Lachen)

- Da lachen Sie? Anscheinend halten Sie das nicht für wichtig. - Ist das geschehen, Herr

Oberbürgermeister? Und wenn ja, haben die Fachleute hier Rederecht?

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Es liegt in der Entscheidungsbefugnis des Oberbürgermeisters, wen er dazu einlädt. Ich habe es nicht für nötig gehalten, aufgrund Ihres Antrags weitere Personen einzuladen.

(Beifall bei der SPD, der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen, der FDP und der Linken sowie von Klaus Hoffmann [Freie Wähler Köln] und Thor-Geir Zimmermann [Deine Freunde])

Wir waren gerade in der Abstimmung über die Tagesordnung. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist die Tagesordnung so beschlossen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 1.1:

1.1 Antrag der Fraktion pro Köln auf Durchführung einer Aktuellen Stunde betreffend "Klare Versorgungsstrukturen und Hilfe für Opfer sexueller Gewalt"

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Seit zwei Wochen diskutiert man in Deutschland und darüber hinaus ein Ereignis, was sich hier zugetragen haben soll, bzw. man diskutiert über die Versorgungsstrukturen für Opfer von sexueller Gewalt. Unsere Stadt ist in aller Munde - negativ. Das ist bedauerlich. Die Fraktion pro Köln hat es als ihre Aufgabe gesehen, dieses Thema, das die Menschen bewegt, hier im Rat zu behandeln, nachdem es niemand anders für richtig befunden hat. Wir finden es bedauerlich, dass Sie, Herr Oberbürgermeister, es für nicht nötig halten, entsprechende Fachleute einzuladen. Anscheinend ist es ein Thema, das Sie nicht wirklich interessiert. Uns interessiert es aber tatsächlich.

Wir fragen uns: Gibt es wirklich klare Strukturen für die Versorgung von Opfern sexueller Gewalt bzw. von Vergewaltigung? Von den Medien wurde dieses Ereignis vor allem dazu genutzt, um die katholische Kirche bzw. deren Träger zu bashen, fertigzumachen. Wir fragen uns: Welche Verantwortung hat die Stadt Köln? Welche Verantwortung hat die Stadtverwaltung? Sind

unsere Strukturen für die Behandlung und für die anonyme Spurensicherung wirklich so klar? Wie konnte es passieren, dass Notärzte ein Opfer an unzuständige Krankenhäuser überweisen?

In den Medien wurde das fälschlicherweise als Ablehnung der Behandlung bezeichnet, aber diese Krankenhäuser waren dafür nicht zuständig. Man muss natürlich hinzufügen, dass das Opfer im besagten Fall nicht tatsächlich in diesen Krankenhäusern war, sondern dass lediglich telefonisch in den Krankenhäusern angefragt wurde, ob sie die anonyme Spurensicherung durchführen können. Dafür wurde für den Bereich des Rechtsrheinischen das Städtische Krankenhaus Holweide und für den linksrheinischen Bereich die Uniklinik Köln festgelegt. Da fragen wir uns: Wie kann es denn passieren, dass ein Arzt, der ein traumatisiertes Opfer zu versorgen hat, gar nicht mehr weiß, welche Strukturen richtig sind? Auch aus der Internetseite wird nicht wirklich klar - das haben auch wir festgestellt -, an wen sich die Patienten wenden müssen. Ich nehme an, Herr Oberstadtdirektor Kahlen, in dessen Bereich das gehört, wird uns in der Aktuellen Stunde gleich noch etwas dazu sagen, wie es dazu kommen kann.

Mit dieser Aktuellen Stunde verfolgen wir aber noch einen zweiten Zweck. Wir wollen klarstellen, dass wir hier in Köln ganz hervorragende Krankenhäuser mit katholischen Trägern haben, dass diese Träger nicht nur medizinische Hilfe für jedermann ohne Ansehen der Person leisten, sondern darüber hinaus mit ihren Ehrenamtlern ein beachtenswerten Sozialdienst aufgebaut haben, den es bei Krankenhäusern anderer Träger eben nicht gibt. Das muss hier klar herausgestellt werden. Die Bevölkerung muss wissen, dass wir in Köln eine hervorragende Krankenhausstruktur haben, auf die unsere Stadt stolz sein kann.

Ich erinnere in dem Zusammenhang an das Ehrenfelder Krankenhaus. Als es damals von einem kirchlichen Träger in private Trägerschaft übergang, war es nach einigen Jahren im Prinzip wirtschaftlich nicht mehr zu halten. Dann haben wieder alle nach der Kirche als Träger gerufen. Heute ist das Krankenhaus wieder ein hervorragend aufgestelltes Haus. Dieses Beispiel zeigt, dass die katholische Kirche mit ihren Trägern ein ganz hervorragender Partner ist.

Selbstverständlich müssen die Versorgungsstrukturen klar sein, damit man Opfern auch nachhaltig helfen kann. Wir fordern

Sie auf, Herr Oberbürgermeister: Stellen Sie sicher, dass in Köln den Opfern schnelle Hilfe zuteilwird! - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir ab. Ich gehe davon aus, der Antrag ist erledigt. Wer dafür ist, dass dieser Antrag als erledigt zu betrachten ist, bitte ich um das Handzeichen. -

(Jörg Uckermann [pro Köln]. Herr Oberbürgermeister!)

Das sind die Fraktionen der SPD, der Grünen, der CDU, der Linken, Herr Zimmermann, Herr Hoffmann und die FDP. - Herr Uckermann, sind Sie auch dafür, dass der Antrag erledigt ist?

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Ich wollte den Antrag stellen, dass dieses Anliegen

(Zurufe von der SPD: Erledigt!)

an die Verwaltung verwiesen wird. Das hätten Sie fragen müssen. Es gibt ja drei Möglichkeiten. Wir sind anderer Meinung. Sie haben wieder eifertig eine Abstimmung in Gang gesetzt, ohne dass Sie auf inhaltliche Belange Rücksicht genommen haben.

(Martin Börschel [SPD]: Er hat doch einen Vorschlag gemacht!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. - Eine deutliche Mehrheit hat bekundet, dass die Sache erledigt ist.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt:

3.1.1 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Anhebung der Gewichtsbeschränkung auf der Deutzer Brücke" AN/0078/2013

Dazu möchte ich Herrn Beigeordneten Höing bitten, eine Erklärung abzugeben.

Beigeordneter Franz-Josef Höing: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir gehen nach aktuellem Erkenntnisstand davon aus, dass die

Leverkusener Brücke Anfang März wieder befahrbar sein wird, bis auf die ganz schweren Verkehre. Die Brücke wird also wieder instandgesetzt, sodass sich auch die Situation auf der Mülheimer Brücke deutlich entspannen wird.

Ihren Antrag, der sich auf die Freigabe der Deutzer Brücke für Lkw bis 7,5 Tonnen bezieht, sehen wir als Verwaltung insofern nicht ganz so notwendig, weil von der Gewichtslimitierung auf der Mülheimer Brücke die 7,5-Tonner bis dato nicht betroffen sind. Bis auf die Deutzer Brücke sind alle Kölner Rheinbrücken für diese Gewichtskategorie befahrbar. Wir gehen davon aus, dass mit Fertigstellung der Leverkusener Brücke eine deutliche Entlastung spürbar wird. Wenn das Anfang März aus welchen Gründen auch immer nicht der Fall sein sollte, wird sich die Verwaltung diesem Thema noch einmal widmen und es sehr genau unter die Lupe nehmen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Höing. - Herr Möring. Herr Uckermann hat sich auch noch zu Wort gemeldet.

Karsten Möring (CDU): Herr Oberbürgermeister! Herr Höing, vielen Dank für diese Erläuterung. Wir haben diesen Antrag schon vor längerer Zeit gestellt. Die Intention dieses Antrags war, eine Entzerrung herbeizuführen, indem für diese Verkehre eine Brücke mehr geöffnet wird. Wenn es zutrifft, dass die Leverkusener Brücke am 1. März tatsächlich eröffnet wird, geht es nur noch um eine relativ kurze Zeitspanne. Wir gehen davon aus, dass Ihre Aussage - die zeitliche Prognose muss ja vom Landesbetrieb kommen - zutreffender ist als zur Sperrung der Gleueler Straße und der Sanierung der Brücke; das nur als Nebenbemerkung. Sollte dies der Fall sein, erübrigt sich natürlich dieser Antrag. Sie haben eben auch zugesagt, dass die Verwaltung, sollte dies nicht der Fall sein, die von uns intendierte Prüfung gegebenenfalls selbst machen wird. Damit sind wir zufrieden und ziehen unseren Antrag heute zurück. - Vielen Dank.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Möring. Der Antrag ist zurückgezogen. Damit entfällt die weitere Debatte zu diesem Tagesordnungspunkt. Er ist damit erledigt.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt 3.1.2:

3.1.2 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Sofortige Beendigung der Luxusunterbringung von Asylbewerbern im Hotel Dürscheidt" AN/0009/2013

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Frau Wolter, bitte.

Judith Wolter (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die Fraktion pro Köln beantragt an dieser Stelle die Beendigung der Unterbringung von Asylbewerbern im Hotel Dürscheidt in Porz-Urbach.

Wir halten diese Unterbringung aus verschiedenen Gründen für falsch. Zunächst ist festzuhalten, dass die Stadt Köln vollkommen pleite ist und kurz vor der Verhängung des Nothaushaltes durch den Regierungspräsidenten steht. Ob es der Kämmerin gelingen wird, dies zu verhindern, wird sich in Bälde zeigen. Jedenfalls sind wir gezwungen, zu sparen, wo immer es auch geht. Dass die Stadt Köln Kosten für Unterkunft in einem Hotel übernimmt, das pro Nacht zwischen 70 und 100 Euro kostet, halten wir in dieser Situation schlicht für zu teuer, egal um welche Personengruppe es dabei geht. Als Hartz-IV-Empfänger müssen Sie sich auch bestimmte Höchstbeträge halten, die monatlich an Kosten für Unterkunft und Heizung übernommen werden. Hier wird vom Jobcenter auch keine Ausnahme gemacht, selbst wenn entsprechend preiswerter Wohnraum nicht zur Verfügung steht.

Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass es sich bei den Asylbewerbern, die derzeit im Hotel Dürscheidt untergebracht sind, tatsächlich um Wirtschaftsflüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina, Serbien und Montenegro handelt. Das sind sogenannte sichere Drittstaaten; das heißt, dort wird niemand politisch verfolgt. Die Asylanträge wären demnach abzulehnen. So selbstverständlich es auch ist, dass die Menschen, die sich hier als Flüchtlinge ausgeben, aus ihrer Heimat zu entkommen versuchen, um hier ein besseres Leben anzufangen, so verständlich muss es auch sein, dass dies nicht auf Kosten der Kölner Steuerzahler geschehen kann, erst recht nicht in einer so teuren Unterkunft.

(Beifall bei pro Köln)

Es hätte zahlreiche andere, wesentlich preisgünstigere Möglichkeiten gegeben, diese Personen unterzubringen. Ich erinnere hier zum Beispiel an ehemalige Bundeswehrkasernen und Ähnliches.

Auch pro Köln hält das Grundrecht auf Asyl für wichtig und richtig. Wirklichen Flüchtlingen muss ein menschenwürdiges Dasein in einer akzeptablen Unterkunft garantiert werden. Dies bedeutet aber nicht, dass man als angeblicher Flüchtling Anspruch auf eine Luxusunterbringung in einem frisch renovierten Hotel hat.

Bei einem nicht unerheblichen Teil der zu uns kommenden Personen handelt es sich zudem um kriminelle Großfamilien, die ihre Kinder in Köln auf Diebestour schicken möchten.

(Beifall bei pro Köln)

Wir möchten an die schwierige Situation in den Stadtteilen Poll und Merkenich vor einigen Jahren erinnern. Dort und anderswo hatte die etablierte Politik die Anwohner auch lange mit dem Problem der ausufernden Kriminalität alleingelassen. Wohin das geführt hat, wissen Sie alle: zum zweimaligen Einzug von pro Köln in Fraktionsstärke in den Rat.

(Beifall bei pro Köln)

Machen Sie nicht wieder denselben Fehler, meine Damen und Herren! Wenn Sie unserem Antrag nicht zustimmen und den Protest der Anwohner ignorieren, tragen Sie letztlich nur zu einem besseren Pro-Köln-Wahlergebnis im Jahr 2014 bei. So gesehen wäre es also auch in Ihrem eigenen Interesse, unserem Antrag zuzustimmen. - Danke schön.

(Beifall bei pro Köln)

(Götz Bacher [SPD]: Zwischen Pest und Cholera!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu einer Klarstellung, Frau Reker.

Beigeordnete Henriette Reker: Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wie Sie der Antwort auf die Anfrage zum Tagesordnungspunkt 4.1 entnehmen können - sie ist auch umgedruckt; Sie finden sie auf Ihren Plätzen -, betragen die durchschnittlichen Kosten der Hotelunterbringung 22,12 Euro. Das Hotel Dürscheidt liegt sogar im unteren Level.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön für diese Klarstellung. - Eine persönliche Bemerkung von Herrn van Benthem.

Henk van Benthem (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Unerhörte Äußerungen und Unterstellungen und der Versuch, mich in die rechte Ecke zu drängen, haben mich heute dazu bewogen, eine persönliche Bemerkung abzugeben.

Als ich vor 50 Jahren - ich war zwölf Jahre alt - an das Krankenbett meiner schwer kranken Mutter gerufen wurde, wollte sie mit mir darüber reden, warum sie so krank ist. Sie erzählte mir, dass sie Ende 1944, Anfang 1945 unter unendlichen Gräueltaten von Hitlers Folterknechten gelitten hat. Als ich sie gefragt habe: Ja, warum denn du?, sagte sie: Weil ich nicht geschwiegen habe, als Unrecht geschah, und weil ich geholfen habe, als Menschen in Not waren und um ihr Leben fürchten mussten. Zu dem Zeitpunkt war meine Mutter DRK-Schwester in einem Hospital. Dort wurden ein jüdisches Mädchen und zwei englische Piloten versteckt. Darauf stand damals die Todesstrafe. Sie wurde Ende 1944 von der Gestapo gefangen genommen, weil sie denunziert worden war. Über das, was dann passiert, will ich hier jetzt nichts sagen.

Die Botschaft aber, die sie mir damals mitgegeben hat, ist mir heute noch wichtig. Damals sagte sie: Schweige nicht, wenn du siehst, dass Unrecht geschieht! Hilf Menschen, die in Not sind, und wenn es noch so schwer ist! Handle! Sei hart dir selber gegenüber; denn die erste Pflicht des Menschen ist, zu helfen! Schweige nicht, wenn irgendwelche Typen mit menschenverachtenden Parolen auflaufen! Denn wenn man ihnen nicht Einhalt gebietet, werden sie noch mehr Gehör finden, und das endet automatisch in einer Katastrophe.

Meine Damen und Herren, diese mahnenden Worte meiner Mutter haben mich ein Leben lang begleitet und geprägt. Sie alle wissen: Ich bin kein König der Diplomatie. Ich sage sehr häufig und unverblümt meine Wahrheit, auch wenn sie nicht jeder hören will. Diese Wahrheit will ich jetzt auch unverblümt sagen: Ich werde nie - niemals! - in irgendeiner Form den Aktivitäten einer sogenannten Bürgerbewegung, die in der rechten Ecke dieses Saales sitzt, auch nur im Ansatz zustimmen können und zustimmen

wollen. Im Gegenteil: Menschenunwürdiges Verhalten hat mir in früheren Jahren fast meine Mutter genommen. Ihr Mut ist heute meine Triebfeder, sowohl gegen Rechts- als auch gegen Linksradikalismus entschieden zu kämpfen, allerdings nicht ohne die Wahrheit, die gesagt werden muss, aus dem Auge zu verlieren.

Ein letzter Satz noch: Ich weiß es noch wie heute, wie stolz ich war, als ich im September 2004 zu meiner ersten Ratssitzung hierher gefahren bin, stolz darauf, alsbald das Ratsmandat zu bekommen. Als ich auf der Höhe des Gürzenich war, habe ich meine Frau angerufen und ihr das gesagt. Heute ist dieser Stolz auf mein Mandat so unvermindert wie damals. Diesen Stolz, meine Damen und Herren, lasse ich mir nicht nehmen - von niemandem, auch nicht aus der rechten Ecke dieses Rates. Daher war es für mich noch einmal an der Zeit, heute mich so deutlich und explizit zu äußern. Rechtsextremismus habe ich immer bekämpft, bekämpfe ich heute und werde ich in Zukunft bekämpfen. Daher werde ich auch diesen Antrag - der ist, wie er ist und wie er immer ist - mit großer Überzeugung ablehnen. - Bei Ihnen bedanke ich mich, dass Sie mir zugehört haben.

(Lebhafter Beifall bei der CDU, der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen, der FDP und der Linken sowie von Klaus Hoffmann [Freie Wähler Köln] und Thor-Geir Zimmermann [Deine Freunde])

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Liebe Kolleginnen und Kollegen, das war eine persönliche Bemerkung unseres Ratsmitglieds Herrn van Benthem nach § 21 unserer Geschäftsordnung. Danach gibt es keine weitere Sachdebatte zu diesem Thema.

(Markus Wiener [pro Köln]: Auch eine persönliche Erklärung!)

- Ja, eine persönliche Bemerkung von Herrn Wiener.

Markus Wiener (pro Köln): Vielen Dank. - Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr van Benthem, ich habe dazu auch etwas ganz Persönliches beizutragen. Sie unterstellen uns hier immer unmenschliches Denken und fehlende Empathie. Das ist nicht nur ein persönlicher Angriff auf unsere Fraktion

insgesamt, sondern ein Angriff auf jedes einzelne Mitglied der Fraktion pro Köln.

Ich sage Ihnen eines: Mein Vater wurde 1946 unter unmenschlichen Umständen verbunden mit Mord und Totschlag aus der Tschechoslowakei vertrieben. Ich habe meinem Vater auch etwas versprochen, nämlich dass man Menschen, die wirklich Hilfe brauchen, die Angst um ihr Leben und ihre Gesundheit haben müssen, natürlich helfen muss, und dass man immer auch für die Wahrheit eintreten sollte. Und zur Wahrheit gehört hier auch, dass es bei der Asyldebatte in Köln zu 98 Prozent nicht um Menschen geht, die an Leib und Leben bedroht sind, sondern um Wirtschaftsflüchtlinge. Darum geht es.

(Beifall bei pro Köln - Angela Spizig [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist keine persönliche Erklärung!)

Deshalb sollte man nicht immer mit solchen Verzerrungen versuchen, die Debatte zu beeinflussen und hier zu moralisieren. Wir fühlen uns, ich fühle mich davon zutiefst angegriffen.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Ich fühle mich davon in meiner Würde als Politiker, als Ratsmitglied - auch ich habe das Mandat für pro Köln hier mit großem Stolz angenommen - zutiefst angegriffen.

Wir sprechen hier Wahrheiten aus. Sie, Herr van Benthem, spielen ein doppeltes, ein falsches Spiel. Sie sagen vor Ort, Sie seien gegen die Belegung des Hotels; hier sagen Sie das Gegenteil. Die Bürger in Urbach wissen das, und die Bürger in Urbach werden das 2014 mit Sicherheit auch auf dem Stimmzettel zu quittieren wissen. - Vielen Dank.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Antrag unter 3.1.2. Wer für diesen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist er abgelehnt.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 3.1.3:

3.1.3 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend "Bis zur Verabschiedung des Haushaltes: Zahlung von Fördermitteln in bisheriger Höhe" AN/0127/2013

Herr Detjen hatte schon eilig Handzeichen gegeben. Jetzt ist es so weit, Herr Detjen. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Jörg Detjen (Die Linke.): Ich wollte nur das Tempo etwas beschleunigen. - Meine Damen und Herren! Herr Oberbürgermeister! Über den Haushalt befindet der Stadtrat und nicht die Verwaltung. Das ist in der Gemeindeordnung klar geregelt. Der Gesetzgeber ist aber noch einen Schritt weiter gegangen und hat die Rechte des Rates bei vorläufiger Haushaltsführung in § 82 der Gemeindeordnung geregelt. Ich zitiere aus dem Kommentar von Held/Winkel - Zitat -:

Die vorläufige Haushaltsführung bis zum Erlass der neuen Haushaltssatzung soll das Budgetrecht des Rates schützen. Der Rat soll seine Entscheidung über die Haushaltssatzung möglichst nicht unter dem Druck bereits von der Verwaltung geschaffener Fakten treffen müssen.

So weit aus dem Kommentar.

Genau das, meine Damen und Herren Ratsmitglieder, findet vor Ihren Augen aber gerade statt, nämlich dass die Verwaltung Fakten schafft. Ich wundere mich, dass das sogenannte Effizienzteam das gar nicht sieht bzw. nicht darüber diskutiert.

(Martin Börschel [SPD]: Sind Sie dabei?)

- Nein, ich bin nicht dabei. Deswegen interessiere ich mich ja dafür, was Sie hier dazu sagen. Ich bin zum Glück nicht dabei.

(Martin Börschel [SPD]: Zum Glück?)

- Wenn man dazu nicht eingeladen ist, kann man glücklich sein, dass man nicht dabei ist.

(Martin Börschel [SPD]: Bisher waren Sie knatschig darüber!)

- Herr Börschel, Sie schaffen es eh nicht, mich zu irritieren.

Ich möchte anhand von zwei Beispielen deutlich machen, dass die Verwaltung versucht, Fakten zu schaffen. Der Kulturbunker Mülheim und die Bühne der Kulturen bekommen gemäß Haushaltsplan 2012 einen Zuschuss in Höhe von 74 433 Euro bzw. 125 000 Euro. Im Haushaltsplanentwurf für 2013/2014 schlägt die Verwaltung nun vor, beide Zuschüsse auf Null zu

setzen. Zu Recht bemerkt die Kölner Theaterzeitung *akt*, dass in der Politik noch Beratungsbedarf besteht, und bezieht sich da auf Rot-Grün.

Was macht aber die Verwaltung? Die Verwaltung schafft Fakten, indem sie die monatlichen Zuschüsse im Rahmen der Haushaltsführung 2013 einfach auf Null gesetzt hat und das Geld an die beiden Träger nicht überweist, es bis heute nicht überwiesen hat. Im Schreiben der Kämmerin zur vorläufigen Haushaltsführung vom 17. Januar ist Folgendes zu lesen - ich zitiere -:

In Übereinstimmung mit dem Herrn Oberbürgermeister soll in der Phase der vorläufigen Haushaltsführung jedoch keine Struktur zerstört werden.

So schön dieses Zitat ist, die Verwaltung macht genau das Gegenteil: Die Zuschüsse an den Kulturbunker Mülheim und an das andere Projekt werden nicht überwiesen. Es ist bis zum heutigen Tag kein Geld bei den beiden Trägern angekommen.

Wir haben in diesem Haus schon sehr oft über den Kulturbunker Mülheim gesprochen. Die Landesfördermittel sind komplex. Das Haus ist komplex; es ist eine schwierige Nutzung. In dem Zusammenhang haben der Verein und die Bezirksvertretung Mülheim gesagt: Wir wollen dieses Projekt erhalten. Man bemerkt zu Recht - ich zitiere -: Der Hochbunker wird sich nicht in Luft auflösen, wohl aber die Spielstätte der Kultur. Städtebaulich wäre das für Mülheim ein schwerer Schlag.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss feststellen: Da im Haushaltsentwurf 2013/2014 verschiedene Zuschüsse auf Null gesetzt sind, befürchten wir, dass diese beiden Beispielen nicht alleine stehen. Deswegen fordern wir in Punkt 2 und 3 unseres Antrags, alle Zuschüsse so lange in bisheriger Höhe auszuzahlen, bis die neue Haushaltssatzung beschlossen ist.

Noch eine Anmerkung: Wir haben hier im Rat SPD und Grüne schön öfter darauf hingewiesen, dass es klug und vernünftig wäre, eine Haushaltssatzung frühzeitig einzubringen, damit auch der Haushalt frühzeitig beschlossen werden kann. Dann würde es nämlich zu diesem Dilemma gar nicht erst kommen. Diese Kritik möchte ich noch einmal deutlich erneuern.

Meine Damen und Herren, ich darf Sie abschließend noch einmal darauf aufmerksam

machen, dass das Budgetrecht des Haushalts bei Ihnen liegt und nicht bei der Verwaltung, die uns vor vollendete Tatsachen stellen will. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es hierzu weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. - Bitte, Frau Klug.

Stadtkämmerin Gabriele C. Klug: Es ist mir ein Anliegen, Folgendes ganz kurz klarzustellen:

Erstens. Sowohl für den Kulturbunker wie für das weitere Projekt ist eine Lösung gefunden, allerdings eine Lösung, die auf Deckungsvorschlägen beruht.

Zweitens. Die Strukturen werden nicht aus Anlass der vorläufigen Haushaltsführung zerschlagen. Das hatte ich nach Absprache mit dem Oberbürgermeister zu Protokoll der letzten Ratssitzung gegeben. Sie finden dies und die verlässliche Praxis im Protokoll der letzten Ratssitzung im Internet.

Drittens. Es gibt keinen Automatismus zur Fortzahlung von Geldern. Das haben wir auch deutlich gemacht. Aber aus Anlass der vorläufigen Haushaltsführung wird nach wie vor in dieser Stadt nichts zerschlagen. Der Rahmen ist allerdings restriktiv auszulegen. Herr Detjen, da Sie ja ein Spezialist sind, ist Ihnen sicher nicht entgangen, dass der Rahmen für die vorläufige Haushaltsführung der durch die Verwaltung eingebrachte Haushalt ist. In den Anweisungen des Innenministeriums dazu heißt es:

Der im Entwurf aufgestellte Haushaltsplan der Kommune [bleibt] in der Zeit der vorläufigen Haushaltsführung die haushaltswirtschaftliche Leitlinie für Rat und Verwaltung ...

Dem trägt die von Ihnen zitierte Verfügung Rechnung. Deswegen ist es möglich, nach Prioritäten der Fachdezernate zu entscheiden, allerdings ohne Ausweitung des eingebrachten vorgeschlagenen Gesamtrahmens des Budgets. Also: Schieben ist möglich, aber nur gegen Deckungsvorschläge. - Danke sehr.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Frau Klug. - Noch eine Nachfrage?

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Nein!)

- Nein. Eine zweite Rederunde ist nicht vorgesehen.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Ich kann mich doch zu Wort melden!)

- Nein. Die Vereinbarung ist, dass in einem solchen Fall nur eine Rederunde stattfindet. Sie können gerne noch eine kurze Stellungnahme abgeben,

(Ulrich Breite [FDP]: Nein!)

aber es wird keine neue Rederunde eröffnet.

Jörg Detjen (Die Linke.): Ich möchte das noch einmal klar darlegen, auch weil es in der Zeitung der Grünen heißt, man würde die Mittel in gewohnter Weise an die Träger überweisen.

(Ulrich Breite [FDP]: Nein, das geht nicht!)

- Ja, das habe ich gerade in der neuen Ausgabe der Zeitung gelesen.

Nur: Der Modus habe sich verändert. Grundlage für die Überweisung ist nicht mehr der Haushalt 2012 - das hat die Kämmerin ja eben betont -, sondern der Haushalt 2013, der aber nur im Entwurf vorliegt und im Rat bisher überhaupt nicht diskutiert worden ist. Das ist in der vorläufigen Haushaltsführung bisher immer anders gewesen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein!)

- Natürlich ist das immer anders gewesen. - Bisher war immer der alte Haushalt die Grundlage für die Überweisung der Gelder gewesen; das war so. Und das haben Sie jetzt geändert.

Ich muss sagen, meine Damen und Herren: Ich finde es interessant, wie im Rat der Stadt Köln Verwaltung und Politik, insbesondere Rot-Grün, richtig zusammenwachsen, ohne dass klar ist: Hier ist Verwaltung und da ist Politik. Das Budgetrecht liegt schlicht und ergreifend beim Rat der Stadt Köln.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Detjen, das haben Sie gerade schon gesagt.

Jörg Detjen (Die Linke.): Das muss klar gesagt werden. Bei der vorläufigen Haushaltsführung ist immer der alte Haushalt die Grundlage gewesen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Detjen - -

Jörg Detjen (Die Linke.): Meine Damen und Herren, es muss ja einen Grund haben, warum Frau Klug in dem Schreiben zur vorläufigen Haushaltsführung betont hat - das hat sie ja eben noch einmal wiederholt -: In Zukunft wird das äußerst restriktiv angewandt. Ja, das ist nämlich die Kurskorrektur: dass der Haushalt 2013 zur Grundlage gemacht wird. Wer da auf Null gesetzt ist, bekommt nichts; das ist ganz klar. Das ist ja die Politik.

Zum Glück, meine Damen und Herren, erhalten die beiden Träger jetzt doch Geld. Es ist interessant, dass das nun doch nicht so restriktiv angewandt wird, dass also der Haushalt 2013 nun doch nicht zugrunde gelegt wird, offenbar aufgrund dessen, dass viele dies thematisiert haben. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Detjen, Frau Klug hat sich noch einmal gemeldet, damit auch Sie das verstehen.

Stadtkämmerin Gabriele C. Klug: Herr Detjen, Sie sollten - sine ira et studio - bitte demnächst dem zuhören, was ich gesagt habe.

(Beifall bei der SPD)

Es ist ohne jede Frage immer so gewesen, dass der eingebrachte Haushalt angewendet wird. Und es ist ohne jede Frage eine Kölner Praxis, die der Oberbürgermeister, seitdem ich es verfolgt habe, immer bestätigt hat, dass man, obgleich unter § 82 der eingebrachte Haushaltsentwurf zu berücksichtigen ist, die von mir eben aus der Handreichung des Innenministeriums zitierte Aussage angewandt hat in dem Sinne, dass man die Hauptsache

nicht vorwegnimmt; das heißt, dass man auch dann, wenn Mittel nicht mehr vorgesehen sind, die Möglichkeit einräumt, aber nur gegen Deckung. Das ist der Unterschied zu einem verabschiedeten Haushalt.

Das tangiert nicht, das beschränkt nicht das Budgetrecht des Rates, sondern das schafft unter Ausschöpfung der Spielräume, die uns die Gemeindeordnung gibt, die Möglichkeit, dass die Hauptsache nicht während der vorläufigen Haushaltsführung vorweggenommen wird. Allerdings geht das nur dann - um auch denjenigen gerecht zu werden, die etwas nicht mehr wollen -, wenn es volumenneutral durchgeführt werden kann. Genau das habe ich gesagt, und genau so verfahren wir.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. - Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag der Fraktion Die Linke. ist, bitte ich um das Handzeichen. - Wer enthält sich? - Bei Enthaltung von Herrn Zimmermann ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt:

3.1.4 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "mitmachen, mitreden, mitsparen - Sparvorschläge der Kölner Bürger" AN/0115/2013

Änderungsantrag der Fraktion pro Köln AN/0186/2013

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Klipper, bitte.

Karl-Jürgen Klipper (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich freue mich schon auf die Karnevalssitzung, die Sie wie angemeldet anschließend abhalten wollen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Tätä, tätä, tätä!)

- Ich danke Ihnen für die Zustimmung zu meiner Rede, die ich noch gar nicht gehalten habe.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Tätä, tätä, tätä!)

So weit mein Vorspann.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir sollten jetzt zur Ernsthaftigkeit zurückkehren.

Karl-Jürgen Klipper (CDU): Jetzt zum eigentlichen Thema. Wir haben damals den Bürgerhaushalt beschlossen. Frau Moritz, ich erinnere Sie, das war uns ein gemeinsames Anliegen. Für den diesjährigen Bürgerhaushalt wurde gefordert: Machen Sie Vorschläge zum Sparen! Das kann in unterschiedlicher Art erfolgen; keine Möglichkeit sollte außer Acht gelassen werden. - Nichts anderes haben auch wir in unserem Antrag gefordert, nämlich die Vorschläge der Bürger zu berücksichtigen.

Bevor ich näher darauf eingehe, will ich Ihnen Folgendes vorab auf den Weg geben: Die Einbringung des Haushalts 2013/2014 hat noch einmal deutlich gemacht, wie dramatisch die Finanzlage dieser Stadt ist. Nur mit Tricks bzw. Buchungsmodalitäten ist es geglückt, die Überschreitung der 5-Prozent-Grenze im Hinblick auf die Entnahme aus der Freien Rücklage zu vermeiden. Ich erinnere nur an die bilanzielle Behandlung des StEB-Trägerdarlehens; wir haben das diskutiert. Wäre die Summe schon zu Beginn des Haushalts 2012 fällig gewesen, hätten Sie die 5-Prozent-Schwelle nicht nur in 2012, sondern auch im Jahr 2013 gerissen. Tun Sie doch nicht so, als ob dies nicht der Fall gewesen wäre! Es wurde doch inzwischen zugegeben, dass man sich in der Sache damals geirrt und es bilanziell falsch behandelt hat.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Zum Antrag reden bitte!)

- Ja, lassen Sie mich dazu sprechen. Die heutige Haushaltssituation hat ihren Ursprung im Jahr 2011, wo Sie, Herr Frank, für die Finanzen mit verantwortlich waren, und sie wird uns noch bis in das Jahr 2017 begleiten. 1,725 Milliarden Euro werden wir aus der Allgemeinen Rücklage entnehmen müssen. Das geht auf Kosten zukünftiger Generationen und zulasten der Handlungsfähigkeit dieser Stadt. Darüber können Sie jetzt lachen; das können Sie nicht ernst nehmen; aber das sind die Fakten.

(Beifall von Winrich Granitzka [CDU] - Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir lachen über Ihren Antrag! Das ist etwas ganz anderes! Wir lachen nur über Ihren Antrag!)

Glauben Sie denn, dass Sie mit herkömmlichen Maßnahmen - das ist ja Ihre Herangehensweise,

Frau Moritz und Herr Frank; Sie haben doch nicht einmal eine Idee, wie Sie mit diesem strukturellen Defizit umgehen wollen -

(Barbara Moritz [Bündnis 90/
Die Grünen]: Aber Sie auch nicht!)

die Haushaltssituation wieder in den Griff bekommen werden? Wir können gerne darüber sprechen. Die Bürger werden doch durch Gebührenerhöhungen heute schon geschröpft. Gebühren können sie nicht endlos weiter erhöhen. Das ist weder wirtschaftlich noch rechtlich möglich.

(Ralph Sterck [FDP]: Sie schlagen das doch vor!)

- Ich schlage überhaupt nichts vor. Sie täuschen sich, Herr Sterck. Sie haben noch immer nicht gelesen, was in unserem Antrag steht. Dort sind die Vorschläge der Bürger aufgelistet. Aber die Vorschläge der Bürger nehmen Sie auf den Arm, was Sie ja gleich noch unter Beweis stellen werden.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben noch immer nicht kapiert, dass es ohne die Beteiligung der Bürger zukünftig überhaupt keine Möglichkeit mehr geben wird, den Haushalt einzubringen.

(Zuruf von Ulrich Breite [FDP])

- Machen Sie das doch mal, Herr Breite! Legen Sie doch einmal Sparvorschläge vor! Die heutigen Gewerbesteuerzahlen sind hauptsächlich von Versicherungen und Banken abhängig. Sie kennen doch die Schwierigkeiten dieser Gewerbe. Dann werden Sie doch auch zu der Feststellung gelangen, dass eine Steigerung der Gewerbesteuererinnahmen in den Jahren 2014, 2015, 2016 nicht möglich sein wird.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der
FDP)

Sie wollen die Einnahmen - so ist es im Haushaltsplan vorgesehen - aber um bis zu 400 Millionen Euro erhöhen.

(Zurufe von der FDP)

Wie wollen Sie das denn machen? Ja, Sie können es noch einmal über die Einnahmen aus der Bettensteuer versuchen. Herr Breite, das können Sie ja dann unterstützen.

(Ulrich Breite [FDP]: Ich?)

Sie können die Bettensteuer ja noch weiter erhöhen. Ich gratuliere Ihnen dann zu dieser Einnahme, Herr Breite. Tolle Sache!

Lassen Sie mich noch einen zweiten Punkt nennen. Dann haben Sie genug Futter, um gleich darauf reagieren zu können.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Das Lob an die CDU fehlt noch!)

Auch die Kosten für anfallende, viel zu lange unterlassene Infrastrukturmaßnahmen wie Reparaturen, aber auch der Opereumbau sowie das Bauprojekt Archäologische Zone und Jüdisches Museum für zig Millionen Euro werden eher zu weiter steigenden Ausgaben als zur Verbesserung der Einnahmesituation führen.

Und wie reagieren Sie, meine Damen und Herren? Frau Moritz, ich habe Ihnen schon einmal gesagt: Wenn wir den Bürgern versprechen, dass wir all das, was sie vorschlagen, an die Verwaltung zur Prüfung weitergeben werden,

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die
Grünen]: Dafür haben wir den
Bürgerhaushalt!)

müssen wir das nach meinem Verständnis auch machen. Wir geben die Vorschläge der Bürger jetzt weiter. Lassen wir die Verwaltung erst einmal die Vorschläge der Bürger prüfen! Warum wollen Sie denn schon wieder selektieren? Warum wollen Sie die Interessenlage abwägen? Lassen Sie doch einfach mal den Oberbürgermeister seine Meinung dazu abgeben. Danach werden wir den Bürgern schon zum Ausdruck bringen, was geht und was nicht.

(Beifall bei der CDU)

Ich frage Sie noch einmal: Wie wollen Sie angesichts dieses Defizits mit den Mitteln auskommen? Wir hören hier immer wieder nur Ihre Schuldzuweisungen in Richtung Bund und Land: man erhalte zu wenig Geld, die Belastung für die Kommunen sei zu hoch, obwohl sowohl das Land als auch der Bund Entlastung versprochen haben. - Ich weiß es besser: Man rechnet sich für die Zukunft reich, indem man zu hohe Steuereinnahmen und zu geringe Ausgaben einplant, und wenn dies nicht eintritt, tut man ganz überrascht. Kreatives Denken, alte Zöpfe abschneiden, das Bisherige infrage zu stellen - alles Fehlanzeige!

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Zöpfe der
CDU abschneiden!)

Im Gegenteil: Man spart an der Reparatur der Infrastruktur, bis die Kultureinrichtungen nahezu zusammenbrechen. Man unterlässt die notwendigen Reparaturen von Straßen und Brücken, von Schulen und anderen Bildungseinrichtungen so lange, bis sie mit dann extrem gestiegenen Kosten repariert werden müssen. Vorausschauende Planung? Fehlanzeige!

Um diesen Teufelskreis zu verlassen, müssen neue Prioritäten gesetzt werden. Um sich dem veränderten Umfeld anzupassen, müssen alle Mittel eingesetzt und in gesteigertem Maße auch die Bürger befragt werden. Sie haben meistens den besten Überblick über Defizite, Schwächen oder auch Verzichtbares. Die Bürger mitzunehmen, sie anzuregen, Verantwortung zu übernehmen, darauf zielt unsere Initiative "Haushaltskonsolidierung - mitmachen, mitreden, mitsparen".

(Beifall bei der CDU)

Die Bürger haben mehr als 140 Vorschläge gemacht.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Was für Granaten-Vorschläge! Frauenförderung auf Null kürzen!)

Mehr als 4 500 Mal haben sie ihre Bewertung dazu abgegeben. Ich sage es noch einmal: Wir danken den Bürgern sehr, dass sie sich an unserer Aktion beteiligt haben. Wir haben den Bürgern versprochen, alle Vorschläge prüfen zu lassen - unvoreingenommen und unzensiert. Diese 140 Vorschläge übergeben wir Ihnen, Herr Oberbürgermeister, zur Überprüfung, zur Anregung, zum Nachdenken über den kommenden Haushalt bzw. die mittelfristige Finanzplanung.

Wir sind uns bewusst, dass manche Vorschläge sehr realitätsfremd sind

(Ulrich Breite [FDP]: Ach? - Beifall bei der FDP)

und im Einzelfall von uns nicht mitgetragen werden können, wie zum Beispiel die Erhebung von Brückenzoll oder die Erhöhung der Gewerbesteuer und der Grundsteuer.

(Zurufe von der FDP)

- Das können Sie ja mitmachen. - Aber viele Vorschläge wie die Prüfung des Bußgeldkataloges in puncto Graffiti und wildes Plakatieren oder die Auflösung und

Neustrukturierung von Bürgerhäusern regen zum Mitdenken an, können in geänderter Form umgesetzt werden und werden der Stabilisierung der Finanzen unserer Stadt dienen.

(Ulrich Breite [FDP]: Was ist mit der Katzensteuer?)

Deshalb bitten wir um unvoreingenommene Prüfung und Berichterstattung im nächsten Rat, rechtzeitig vor der Beratung über den Haushalt. - Ich danke Ihnen für Ihr Zuhören.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Klipper. - Als Nächster Herr Bacher, bitte.

(Götz Bacher [SPD] tritt mit einer roten Pappnase ans Rednerpult - Heiterkeit und Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Götz Bacher (SPD): Leve Oberbürgermeister, lev Schmölzje he im Saal!

Es Fastelovend in Kölle un em Land es och de CDU usser Rand un Band.

Doch statt Büttenred, die dät kraache, bring se ne Antrag för zom laache.

Wat wör de Fasteleer ohne CDU's Geistesblitz uns kölsche Rat su trist un ohne Witz.

Su soll op Opersanierung nun verzichtet, obwohl die Baustell schon engerichtet.

Frauenförderung, ganz nebenbei, janz affgeschaff ein, zwei un drei.

City-Maut, de Gröne jubiliere, die CDU will et annonciere.

U-Bahnbau stoppe, KVB verkaufe, do wet de OB de Haare sich raufe.

Bäder dicht un Brücken-Maut, dem Bürger vor der CDU et graut.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Och hühre Stüer, un dat in Massen, de Verwaltung sull sech domit befassen.

Och op Lob för de CDU, mer soll nitt verzichten, OB sing Verwaltung sull et ausrichten.

143 Vorschläge da Rat sull beschlesse, kene Witz de Verwaltung kret Panik, et treff se wie ne Blitz.

Doch Aschermittwoch es alles vorbei, och der Rat dann widder CDU-antragsfrei.

(Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Doch och wenn et Karnevalszigg is, mer sin in da Klemme, mer partu nit för üre Antrag künne stemme.

Doch en dreifach hoch, dat wünschen wir da CDU un ihrem goldigen Humor zo Ihr.

Kölle Alaaf möch sage ich hier, zo üch zo schwade wor echt en Pläsir.

Kölle Alaaf!

(Lebhafter Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP sowie von Thor-Geir Zimmermann [Deine Freunde] - Niklas Kienitz [CDU]: Unverschäm! Das Haus hier hat auch ein Ansehen! - Weitere Zurufe von der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu Herrn Frank.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Werter Herr Oberbürgermeister! Liebe aufgeregte Kolleginnen und Kollegen von der CDU! Liebe Ratsmitglieder! Ja, man kann sich über einen solchen Antrag, wie ihn die CDU hier einbringt, tatsächlich aufregen. Das ist jetzt die ernste Seite der Diskussion.

(Zurufe von der CDU)

- Sie müssen schon zuhören.

(Unruhe bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Lassen Sie ihn bitte reden.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Denn: Sie beantragen tatsächlich, diese 143 Vorschläge umzusetzen. Ich lese jetzt aus dem

Beschlusstext vor, was manche vielleicht bisher nicht beachtet haben:

... dem Rat in der nächsten Sitzung entsprechende Umsetzungsvorschläge für den Doppelhaushalt 2013/14 zu machen.

Das ist die Kernaussage. Ich frage Sie von der CDU: Ist das allen Ernstes so gewollt, oder haben Sie zu viel Zeit auf Karnevalssitzungen verbracht?

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Darf ich Ihnen darauf eine Antwort geben?)

Wer diese Vorschläge gelesen hat, kann doch nicht allen Ernstes einen solchen Antrag stellen. Was aber besonders dreist ist: Es ist sicherlich jeder Ratsfraktion unbenommen und auch völlig okay, wenn sie die Bürger befragt. Aber wenn man sich noch nicht einmal ein wenig Mühe macht, diese Vorschläge zu bewerten, diese Vorschläge abzuwägen, sondern sie stattdessen dem Rat und der Verwaltung vor die Füße wirft, muss man sich wirklich fragen, ob die zweitgrößte Fraktion in diesem Rat überhaupt noch politikfähig ist. Diese Frage muss man sich stellen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der FDP)

Insofern ist es, denke ich, kaum der Mühe wert, sich mit diesem Antrag auseinanderzusetzen. Herr Klipper hat ja auch tunlichst vermieden, auf den Antrag einzugehen. Er hat über die allgemeine finanzwirtschaftliche Wetterlage gesprochen und über dieses und jenes lamentiert; aber auf den Antrag ist er nicht im Detail eingegangen. Es blieb Herrn Bacher gar nichts anderes übrig, als hier eine fulminante Büttenrede zu halten. Denn bei der CDU scheint tatsächlich der kölsche Fasteleer durchgebrochen zu sein. Gemäß Art. 7 des Rheinischen Grundgesetzes: Wat wells de maache?, tritt sie zwei Tage vor Weiberfastnacht als Stimmungskanone auf.

Sie beantragen, ein buntes Potpourri von 143 Vorschlägen, die sie mal eben so eingesammelt haben, jetzt der Verwaltung zur Prüfung zu übergeben. Sie nennen nicht ein einziges Kriterium, wie man mit diesen Vorschlägen umgehen soll. Vorgeschlagen wurde zum Beispiel: Erhebung einer Grillgebühr in Parks, Erhöhung der Bußgelder, höhere Gebühren, höhere Grundsteuer, höhere Gewerbesteuer, Schließung aller Bäder, Verkauf des Stadions,

Verzicht auf die Opersanierung, Einführung einer Brückenmaut, Streichung von Frauenamt und Frauenförderung, GAG verkaufen, KVB verkaufen, Oper und Schauspiel privatisieren - Elferrat statt Stadtrat!

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der FDP)

Elferrat statt Stadtrat - die einzige Forderung, die wir bereit sind, ernsthaft zu prüfen. Denn es zeigt sich: Hier sitzen einige zu viel. Es gipfelt schließlich in dem Antrag: Lob für das Forum der CDU.

Da kann man wirklich nur sagen: Sie haben offensichtlich in den letzten Wochen zu viel Karneval gefeiert. Wir sehen uns angesichts dieser geballten CDU-Finanzkompetenz veranlasst, auf Art. 9 des Rheinischen Grundgesetzes zu verweisen: Wat soll dä Käu? Bei so viel Unseriosität gilt für die CDU offenbar ein verändertes Sessionsmotto: „Mit de städtische Nüssele nix am Hot - he und am Zuckerhot!“ - Alaaf!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu Herrn Sterck.

Ralph Sterck (FDP): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe CDU-Fraktion! Lieber Karl Klipper, ich muss sagen: Du hast mir während deiner Rede eben schon leid getan.

(Zurufe: Oh!)

Kollege Frank hat schon erwähnt, dass du versucht hast, den Blick weg von diesen 143 Vorschlägen hin auf die allgemeine Haushaltslage zu lenken. Bei dem Ganzen hat man ein bisschen den Eindruck, als ob ein Praktikant bei der CDU-Fraktion den Antrag zu schnell weggefaxt hätte, und erst als es schon weg war, irgendjemand rief: Wir wollten da doch noch mal drübergucken.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

So kann man das doch nicht handhaben. Aber jeder blamiert sich eben, so gut er kann. Das ist

der klassische Unterschied zwischen „gut“ und „gut gemeint“.

Natürlich ist es gut, wenn man die Bürger mitnimmt, wenn man sie befragt, wenn man ihre Vorschläge sammelt. Ich denke auch, dass die CDU meint, sie hätte gerade einen Lauf mit den Haushaltsthemen. Ihr habt eine sehr gute Presse bekommen für den Vorschlag, die Anzahl der Stadtbezirke auf fünf zu reduzieren; ob das realistisch ist oder nicht, sei jetzt einmal dahingestellt. Seitdem steht die CDU in der Bringschuld, weitere neue Haushaltsvorschläge zu machen. So ist auch die überraschende 180-Grad-Wende innerhalb von zwei Tagen zu sehen, die Nord-Süd-Stadtbahn im Süden nun doch nicht zu eröffnen. Angesichts dieser Kapriolen fragt man sich allerdings: Was macht die CDU da?

Die Vorschläge, die Sie in Ihrem Antrag aufgelistet haben, gingen ja in den letzten Tagen schon durch die Medien. Herr Frank hatte einige Beispiele genannt: Einführung einer Brückenmaut und einer Citymaut, Erhöhung der Gewerbesteuer.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Grillgebühren!)

Auch da fragt man sich: Was macht die CDU da? Es kann doch nicht euer Ernst sein, dass ihr den Oberbürgermeister zwingen wollt, in der März-Sitzung eine Vorlage zur Erhöhung der Gewerbesteuer oder zur Einführung einer Citymaut vorzulegen! Ja, was ist denn, wenn er auf die Idee kommt und sagt: „Toller Vorschlag von der CDU“? Dann wird das vielleicht umgesetzt. Um Gottes willen! Das kann doch nicht die Programmatik der CDU sein! Das kann man doch als Fraktion, als politisch denkender Mensch in dieser Stadt bitte nicht ernst meinen und hier in den Rat einbringen!

Wir haben anlässlich unserer Veedels-Aktion „Veedel werden Stadtteile“ auch die Bürger befragt. Da schlug ein Bürger vor: Macht doch ein Reichsdorfviertel! Sie werden sich wundern, meine Damen und Herren: Wir haben diesen Vorschlag nicht an den Rat weitergereicht.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das war auch gut so!)

Wir haben uns erlaubt, ihn auszusortieren, weil wir das politische Geschäft schon ernsthaft betreiben wollen.

Ein Fraktionsbüro ist eben kein Schreibbüro, wo die Vorschläge, die von den Bürgern kommen, einfach nur zusammengetragen werden. Mit Haushaltsanträgen kann man auch keinen Praktikanten betrauen und sagen: Schreib das mal zusammen und dann geht das raus! - Es geht doch um ernsthafte Dinge.

Aus meiner Sicht kann sich die CDU hier auch nicht hinter dem Bürgerwillen verstecken und sagen: Wir haben das alles eins zu eins weitergegeben. Jede Fraktion erhält Tag für Tag Post von den Bürgerinnen und Bürgern. Wir wissen, welche Vorschläge da ankommen. Wir können unseren Posteingang nicht einfach so eins zu eins an die Verwaltung weiterleiten und sie auffordern: Lieber Herr Oberbürgermeister, lass doch mal bitte 130 Vorschläge innerhalb von sechs Wochen prüfen!

Meine Damen und Herren, ich mache Ihnen den ersten Einsparvorschlag: Sparen wir uns die Prüfung dieser Vorschläge! Damit ist die Verwaltung sehr entlastet. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Sterck. - Wir kommen zu Herrn Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Klipper, ich möchte Ihnen mein politisches Beileid für Ihren gescheiterten Auftritt ausdrücken. Sie wissen, als Fachmann schätze ich Sie an sich sehr. Dass Sie sich das nicht erspart haben - das geriet ja innerhalb von fünf Minuten vom Fastnachtsspiel zum Trauerspiel -, das tut mir wirklich leid.

(Beifall bei pro Köln)

Ich bin mir sicher, wenn Konrad Adenauer sehen würde, was aus seiner Partei geworden ist, würde er sich im Grabe umdrehen.

Wir haben uns auch außerordentlich gewundert über das, was Sie uns zugesandt haben. Man muss sich wirklich fragen - da schließe ich mich meinen Vorrednern voll an -: Wie können Sie denn beschließen, den U-Bahn-Bau zu stoppen, wo die U-Bahn schon fertig ist? Hätten Sie wenigstens alternative Nutzungen angeboten, zum Beispiel Nutzung als Champignonfarm oder als Erlebnispark, hätte ich ja noch Verständnis

dafür gehabt, aber nicht, dass Sie vorschlagen, etwas zu stoppen, was es schon gibt und was Sie selber mit beschlossen haben.

Herr Klipper, Sie sind doch der führende Mann Ihrer Partei in Sachen Stadtentwicklung. Sie waren Fraktionsvorsitzender. Sie waren immer führend in Ihrer Partei. Sie haben all die Dinge, die Sie jetzt abschaffen wollen, doch selber hier mit beschlossen; sonst gäbe es das doch gar nicht. Gut, jetzt ist eben gesagt worden, Sie wären im Karnevalsstress und ein Praktikant hätte das sicherlich voreilig gefaxt. Der Antrag war ja auch nicht von einem Ratsmitglied unterschrieben, was uns auch gewundert hat. Trotzdem, Herr Klipper: Sie stehen in der Verantwortung. Sie können doch nicht, nur weil Ihnen gerade einmal 0,014 Prozent der Bevölkerung eine E-Mail geschickt haben, direkt einen Ratsantrag daraus machen. Die Bürger erwarten von einem Ratsmitglied schon einen tatsächlichen Rat.

Die anderen Kollegen haben Ihnen - was ja relativ einfach war - jetzt schon die Klatsche gegeben. Wir machen wirklich konstruktive Vorschläge und haben deshalb einen Änderungsantrag eingebracht. Herr Oberbürgermeister, unseren Antrag haben Sie eben nicht aufgerufen. Er liegt hier vor; er ist eben auch verteilt worden. Ich werde Ihnen vorlesen, welche Sparvorschläge die Fraktion pro Köln macht.

(Zurufe: Nein! - Danke!)

- Wie: Danke, danke? Sie wollen bloß die Wahrheit nicht hören.

Erstens. Reduzierung der Fraktionszuwendungen durch die Stadt Köln an die Ratsfraktionen um die Hälfte. - Es kann doch nicht wahr sein, dass es Fraktionszuwendungen gibt, damit Ratsmitglieder bei der Fraktion für teures Geld angestellt werden, nur weil sie nicht Kämmerer geworden sind.

(Beifall bei pro Köln)

Zweitens. Abschaffung aller Verwaltungsmitarbeiter, die zu der Unterstützung der Arbeit der Ratsfraktionen zur Verfügung gestellt werden. - Das muss nicht sein. Das sehen Sie ja an der CDU. Für teures Geld stellt die Stadtverwaltung der CDU städtische Beamte und Mitarbeiter zur Verfügung, und trotzdem wird solch ein Unfug verzapft. Die kann man abschaffen.

(Beifall bei pro Köln)

Viertens. Abschaffung aller Dienstwagen, die von den Fraktionen auf Kosten der Stadt Köln genutzt werden.

Fünftens. Abschaffung des zweiten, dritten und vierten Stellvertreters des Oberbürgermeisters, Übertragung der Aufgaben auf die ehrenamtlichen Ratsmitglieder. - Wir haben einen hauptamtlichen Oberbürgermeister. Wir sind der Meinung, es reicht, wenn er einen Stellvertreter für die Repräsentation hat. Wir haben 90 Ratsmitglieder, die solche Aufgaben - wenn es zum Beispiel um Einweihungen geht - übernehmen können. Außerdem hat Köln auch noch neun Bezirksbürgermeister, die wiederum jeweils zwei Stellvertreter haben. Wir meinen, die Stadt Köln hat genügend Mitarbeiter, die die Stadt repräsentieren können. Das allein würde einen Einsparbetrag von 1 Million Euro ausmachen.

Sechstens. Reduzierung der Sonderaufwandentschädigungen für Ratsfunktionäre. - Das spricht für sich.

Siebtens. Reduzierung der Stellvertreter des Oberbürgermeisters in der Verwaltung (Dezernenten) und Zusammenlegung von bürokratielastigen Verwaltungseinheiten. - Wir sind der Meinung, dass es durchaus Sinn macht, das Finanzdezernat - sprich: die Kämmerei - mit dem Wirtschaftsdezernat zusammenzulegen. Auch daraus ergäbe sich eine enorme Einsparsumme.

Achtens. Reduzierung der Luxuspensionen bei stadteigenen bzw. stadtnahen Unternehmen wie zum Beispiel KVB und RheinEnergie. - Sie können einfach keinem Bürger in Köln mehr klarmachen, dass jemand, wenn er dort nach zehn Jahren ausscheidet, 900 Euro Leibrente am Tag bekommt. Pro Tag! Und sei er erst Mitte 50! Das können Sie keinem Bürger Kölns mehr zumuten.

Neuntens. Reduzierung der Quadratmeterzahl von Fraktionsräumlichkeiten auf 17 Quadratmeter pro Ratsmitglied. - Schauen Sie sich mal an, wie einige Fraktionen im Historischen Rathaus logieren. Diese Räumlichkeiten können wir entmieten. Stattdessen sollten Verwaltungseinheiten dorthin verlegt werden, die sich um den Bürger kümmern. Die Fraktionen können Räume in preisgünstigeren Häusern beziehen.

Zehntens. Verlagerung der Fraktionsgeschäftsstellen des Historischen Rathauses und des Spanischen Baus in

preisgünstigere städtische Räumlichkeiten. - Das betrifft natürlich auch die Geschäftsstellen, die im Spanischen Bau untergebracht sind. Auch durch diese Entmietung könnten einige Einsparungen erzielt werden.

Elfens. Reduzierung der Anzahl der Mitarbeiter für das Büro des Oberbürgermeisters auf das Niveau des Oberbürgermeisters Bürger.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Achten Sie auf Ihre Redezeit!

Jörg Uckermann (pro Köln): Ich möchte unseren Antrag hier begründen. Sie haben ihn eben nicht einmal aufgerufen. Die Ratsmitglieder müssen ja darüber Bescheid wissen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Fünf Minuten!

Jörg Uckermann (pro Köln): Ich lese jetzt nur noch den Antrag vor. Wir haben 21 Punkte.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: 21? Nein. Gemäß Geschäftsordnung ist eine Redezeit von fünf Minuten vorgesehen. Das ist klar geregelt.

Jörg Uckermann (pro Köln): Ja. Aber Sie hätten dem Rat unseren Änderungsvorschlag mitteilen müssen. Wir haben konkrete Vorschläge, die sofort umgesetzt werden können und die mindestens 10 Millionen Euro - -

(Götz Bacher [SPD]: Wir haben Ratsmitglieder, die lesen können!)

- Ich habe bei Ihnen so meine Zweifel, ob Sie lesen können.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ihr Änderungsantrag ist als Tischvorlage verteilt worden, sodass es jetzt nicht notwendig ist, die in Ihrem Antrag aufgelisteten Vorschläge noch einmal einzeln vorzutragen. Ich weise noch einmal darauf hin, dass wir eine fünfminütige Redezeit je Runde vereinbart haben. Ich bin durchaus flexibel, wenn es darum geht, eine Rede sachlich bis zum Ende zu führen, aber Sie

können hier nicht 21 Vorschläge präsentieren. Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Jörg Uckermann (pro Köln): Gut. - Dann bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann kommt Herr Ludwig.

Claus Ludwig (Die Linke.): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich muss den unbekanntenen Praktikanten der CDU-Fraktion in Schutz nehmen. Ich glaube nicht, dass er alleine es war. Es ist der politische Ernst der CDU-Fraktion, uns hier diesen Antrag zu präsentieren. Schließlich ist es eine klare Aussage: Die CDU-Fraktion ist offensichtlich der Meinung, dass die Verwaltung nichts Sinnvolles zu tun hat und sich lange Zeit mit solchen Vorschlägen beschäftigen kann. Anders lässt es sich nicht erklären, dass Sie uns sozusagen eine Schubkarre mit rohem Geröll vor die Tür schiebt und die Verwaltung auffordert: Jetzt sucht doch mal, ob ihr darin irgendwas Sinnvolles findet! Ich meine, einige wirkliche Edelsteine kann man sofort erkennen, zum Beispiel das Lob an die CDU, eine solche Abfrage gemacht zu haben. Ich möchte mal sehen, wie die Verwaltung prüft: Ist es eigentlich gerechtfertigt, dass die CDU dafür gelobt wird? Auf diese Vorlage bin ich gespannt.

Sie distanzieren sich jetzt von diesen Vorschlägen auf schein-demokratische Art nach dem Motto: Ach, wir haben das erst mal gar nicht vorgeprüft; wir wollen die Bürgerinnen und Bürger mal reden lassen. - In Wirklichkeit ist das von Ihrer Seite schlicht Arbeitsverweigerung.

(Beifall bei der Linken und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Das hat nichts mit Demokratie zu tun. Sie weigern sich, das zu bewerten und zu kategorisieren, und ignorieren damit übrigens auch den Bürgerhaushalt, von dem ich persönlich auch nicht dramatisch viel halte. Aber immerhin ist der Bürgerhaushalt ein strukturiertes Verfahren. Unstrukturiert als das, was Sie hier vorgelegt haben, geht es ja kaum. Das ist sogar so unstrukturiert, dass wir schon gedacht haben - gerade auch bei der Rede von Herrn Sterck -: Müssten wir als Linke nicht doch ein gutes Haar daran finden? Gewerbesteuer

hoch: Das hört sich doch super an. Ist die CDU etwa auf dem richtigen Wege? Aber nein, wenn man ein bisschen weiterblättert, findet man Vorschläge, deren Umsetzung auf einen neoliberalen Amoklauf hinauslaufen würden. Es sind Vorschläge wie: sämtliche Badeanstalten - es heißt übrigens heutzutage Schwimmbäder; Badeanstalten gab es in Wilhelminischer Zeit -

(Beifall bei der Linken)

Schließen. Die gesamte Verwaltung soll daraufhin überprüft werden, was profitabel ist und was nicht, also die öffentliche Infrastruktur nach Profitabilitäts Gesichtspunkten gecheckt werden. Na, dann viel Spaß bei der Unterhaltung von Straßen! Na, dann viel Spaß bei Sozialleistungen!

Da stellt sich die Frage, ob Sie die Distanzierung ernst meinen oder ob sich darin nicht doch die heimlichen Wünsche der CDU ausdrücken.

(Martin Börschel [SPD]: Heimliche Fantasie!)

Herr Klipper hat eben in einem Nebensatz gefordert, die alten Zöpfe abzuschneiden. Also das, was ohnehin schon in der ganzen Stadt und zwischen den vier Fraktionen hier diskutiert wird, nämlich durchaus heftige Kürzungen im Haushalt vorzunehmen, scheint Ihnen nicht auszureichen. Nein, da müssen die Zöpfe ab. Da muss man sich schon fragen, ob die Vorlage dieser Vorschläge nicht doch ein Versuch Ihrerseits ist - ohne sich dazu öffentlich bekennen zu wollen -, zu privatisieren, zu verticken und die Verwaltung eindeutig nur nach profitablen Gesichtspunkten zu durchforsten.

Lange Rede, kurzer Sinn. - Vorherige Reden wie die von Herrn Bacher kann ich ohnehin nicht mehr toppen. Ich bin nicht ganz so karnevalistisch veranlagt, zumindest nicht hier im Rat, eher in den nächsten Tagen. - All das, was Sie uns hier vorlegen, führt zu nichts. Das führt zu keiner politischen Debatte. Das führt dazu, dass wir uns hier eine Dreiviertelstunde damit beschäftigen. Sie haben unsere Zeit geklaut. Sie haben meine Zeit geklaut, als ich mir diese Vorschläge durchlesen musste.

Abschließend will ich Ihnen sagen: Sie hätten genauso gut hier den Antrag stellen können: Liebe Verwaltung, prüf doch mal, was die Bürgerinnen und Bürger im ganzen Lande - denn diese Abfrage beschränkt sich ja nicht auf Köln - so allgemein denken, wie man was wo

einsparen kann. Dann hätte die Verwaltung all das geprüft, was die Bürgerinnen und Bürger sich ausdenken. Das ist aber nicht Aufgabe einer politischen Partei. Das ist auch nicht Aufgabe dieses Rates. Alles andere zu diesem Thema ist schon gesagt. - Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Ludwig. - Herr Granitzka, bitte.

Winrich Granitzka (CDU): Herr Oberbürgermeister! Ich wende mich persönlich an Sie. Ich möchte zum Inhalt des Antrags nichts mehr sagen. Dazu ist genug gesagt worden.

(Lachen und Beifall bei der SPD und der FDP)

- Ja, das können Sie jetzt weidlich auskosten. - Ich möchte nur darauf hinweisen, dass Sie mit Ihrer Zustimmung und mit Ihrem Lächeln diese Ratssitzung zu einem Vorstellungsmittag für rheinisch knittelnde Nachwuchskünstler verkommen lassen. Das finden wir nicht gut. Das finden wir der Würde dieses Hauses nicht angemessen.

(Beifall bei der CDU - Zurufe:
Oh! - Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Jetzt dreht er den Spieß um!)

Karneval ist gut. Ich feiere auch gerne Karneval, außerhalb dieses Rates gerne. Alle anderen Reden haben sich sachlich, manchmal auch ironisch mit diesem Thema auseinandergesetzt. Alles in Ordnung! Aber wir wollen hier im Rat keinen Karneval haben. - Danke.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir jetzt zur ernsthaften Abstimmung.

Wer ist für den Änderungsantrag der Fraktion pro Köln? - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der CDU-Fraktion. Wer für diesen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion

der CDU. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Wir fahren mit Tagesordnungspunkt 3.1.5 fort:

3.1.5 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Kriminalität in und um Asylantenheimen herum bekämpfen!" AN/0117/2013

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Wiener.

Markus Wiener (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Kommen wir zurück zu etwas ernsteren Themen. Ich sehe gerade, die ersten Ratsmitglieder der Altparteien verlassen den Saal, wenn es um ernstere Themen geht. Das will ich nicht weiter kommentieren.

Wir stehen sowohl hier in Köln als auch anderswo im ganzen Land vor dem Problem, dass die derzeitigen Unterkünfte für Asylbewerber aus allen Nähten platzen bzw. dass dort kein Platz mehr vorhanden ist. Gleichzeitig erleben wir eine zunehmende Flut von Asylbewerbern. Sie erreicht zwar noch nicht ganz die Ausmaße der späten 80er-Jahre und frühen 90er-Jahre; aber wenn es in diese Richtung weitergeht, wie viele Experten vermuten, wird es wohl bald zu ähnlichen Zuständen wie damals kommen.

Wir hier in Köln oder, besser gesagt, die Stadtverwaltung und die Stadtspitze versuchen gar nicht erst, diesem Problem auf kostengünstige Art und Weise Herr zu werden. Sie schlägt einen anderen Weg ein und will dazu übergehen, zum einen sehr, sehr kostspielig Hotels und Pensionen anzumieten und zum anderen stadtweit Neubauten aus dem Boden zu stampfen. Es sind jetzt allein sechs Asylbewerberheime neu geplant. Die Kosten liegen im zweistelligen Millionenbereich.

Damit nicht genug, wir erleben auch eine sehr ungerechte Aufteilung dieser Unterbringungen auf das Stadtgebiet. In Godorf - darauf bezieht sich unser Antrag im Speziellen - soll zum Beispiel das dort bereits vorhandene Asylbewerberheim um ein weiteres Asylbewerberheim erweitert werden. Ich weiß nicht, wer mitbekommen hat, was auf der Bürgeranhörung in Godorf letzte Woche los war. 200 Personen - bei einem relativ kleinen Stadtteil - hatten sich die Mühe gemacht, der sehr kurzfristigen Einladung der Stadtverwaltung zu folgen. Man hatte ursprünglich nur einen Saal

für 30 Personen angemietet, wohl weil man eine Woche vorher noch gehofft hatte, dass man mit seiner verschleiernenden Informationspolitik diese Sache so schnell wird durchziehen können, dass die Bürger überhaupt nicht realisieren, was da auf sie zukommt. Nichtsdestotrotz waren 200 Personen anwesend. Sie haben eindeutig ihren Unmut geäußert, zum einen über die Entscheidung an sich und zum anderen über das Vorgehen und die Informationspolitik der Stadtverwaltung und von Oberbürgermeister Roters.

Wir hören hier immer wieder, wie wichtig Bürgernähe und Transparenz sind. Auch heute wurde wieder gesagt: Die Menschen müssen mitgenommen werden. Moderne Verwaltung verfährt nicht mehr von oben herab, sondern im Dialog mit den Bürgern. Die Meinungen der Bürger müssen eingeholt werden usw. usw. Das gilt offensichtlich nur für bestimmte Themen. Gleichzeitig erleben wir nämlich, dass andere Themen in bester obrigkeitstaatlicher Manier durchgepeitscht, durchgezogen werden. Da sollen die Entscheidungen am besten zwischen Weihnachten und Silvester fallen, wenn es keiner richtig mitbekommt. Da wird kurz vor Karneval eine Bürgeranhörung durchgeführt, weil man hofft, dass viele Bürger das deswegen nicht mitbekommen und sie später vor vollendete Tatsachen gestellt werden können. Es wurde den Godorfern dort gesagt: Ihr könnt eh nichts mehr kamellen. Diese Anhörung ist sowieso nur dafür da, dass ihr jetzt ein bisschen Dampf ablassen könnt. Aber letztendlich wird alles so gemacht, wie es schon entschieden ist. Ihr könnt nichts daran ändern - die Bürger wurden vorher nicht mit einbezogen -, ihr werdet jetzt vor vollendete Tatsachen gestellt.

Da sagen wir von pro Köln: So geht das nicht! Das darf nicht sein! Das darf nicht unser Umgang mit den Bürgern dieser Stadt sein. Wir fordern Transparenz. Wir fordern Bürgerbeteiligung. Wir fordern Rücksichtnahme auf die Interessen und das Empfinden der Bürger vor Ort, auch der Bürger in Godorf.

(Beifall bei pro Köln)

Aus vielen Bürgergesprächen wissen wir, dass es Probleme rund um das bereits bestehende Asylbewerberheim gibt, dass es Klagen über Kriminalität und Belästigungen gibt, dass es schon jetzt viele Schwierigkeiten gibt. Gleichzeitig erleben wir eine vernebelnde Informationspolitik nicht nur vonseiten der Stadtverwaltung, sondern auch vonseiten der Polizei, die immer wieder sagt: Uns ist nichts

bekannt zu Kriminalitätsschwerpunkten. Hier muss ganz klar festgehalten werden: Die Polizei macht überhaupt keine stadtteilbezogenen Auswertungen, weil man bestimmte Stadtteile nicht schlechtreden will. Das ist doch ein Witz! Man veröffentlicht keine stadtteilbezogenen Zahlen, behauptet aber auf Anfragen der Bürger immer und überall: In eurem Stadtteil gibt es keine auffälligen Zahlen; das ist alles Quatsch.

Die Bürger haben ein anderes subjektives Empfinden. Ich gehe fest davon aus, dass es auch objektiv begründet ist. Wir müssen zur Kenntnis nehmen: Es gibt hier Probleme. Deswegen fordern wir die Stadtverwaltung auf, sich mit der Polizei in Verbindung zu setzen und dafür zu plädieren, auch in Godorf das Modell der mobilen Polizeiwache einzusetzen. Damit könnte man zumindest das Sicherheitsempfinden der Bürger vor Ort erhöhen und die aktuelle Problemlage besser in den Griff bekommen. Das wäre eine kurzfristig umzusetzende Maßnahme.

Wir fordern weitergehend natürlich ein generelles Umdenken in der städtischen Asylpolitik, und zwar nicht nur bezüglich der Unterbringung der Asylbewerber und der damit verbundenen Kosten, sondern auch bezüglich der Praxis bei der Abschiebung von Asylbewerbern. Es kann nicht sein, dass Tausende abgelehnter Asylbewerber weiterhin hier auf unsere Kosten leben, nur weil es eine inflationäre Duldungspraxis in der Kölner Ausländerverwaltung gibt. Das ist ein Skandal allererster Güter. Das muss schleunigst abgestellt werden. - Vielen Dank.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag der Fraktion pro Köln ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer Enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist er abgelehnt.

Wir kommen zu einem weiteren Antrag der Fraktion pro Köln:

3.1.6 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Videoübertragungen der Ratssitzungen im Internet" **AN/0119/2013**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich stelle fest: Der Saal ist leer. Die einzige Fraktion, die Sachthemen einbringt, ist die Fraktion pro Köln.

(Beifall bei pro Köln)

Wir haben heute „Videoübertragungen der Ratssitzungen im Internet“ beantragt. Wir hatten das vor einiger Zeit schon einmal beantragt. Damals ist das abgelehnt worden. Wir haben dann mehrere Alternativen angeboten: zum einen den Livestream, wie es das in Bonn oder Bottrop bereits gibt, zum anderen eine Aufzeichnung, die von den einzelnen Ratsmitgliedern jeweils freigegeben wird, falls es rechtliche Bedenken geben sollte. Wir mussten aber feststellen, dass die Verwaltung dieses Thema nicht weiterverfolgt. Darum haben wir heute noch einmal die Initiative ergriffen.

Es spricht einiges dafür, dass schnellstmöglich eine solche Einrichtung hier im Kölner Rat geschaffen wird, damit sich die Bürger ungefiltert darüber informieren können, wer wirklich ihre Interessen vertritt und wer nicht.

(Beifall bei pro Köln)

Ich bin auch dafür, dass nicht nur der Redner gezeigt wird, sondern auch der Ratssaal selber.

(Beifall bei pro Köln)

Dann kann der Bürger nämlich sehen, wie viele Ratsmitglieder im Saal sind. Die heutige Sitzung dauert noch keine zwei Stunden, da sind schon alle am Büffet. Das soll die Bevölkerung auch mal sehen.

Herr Roters, verstecken Sie sich nicht immer hinter rechtlichen Bedenken! Wer ein öffentliches Amt annimmt und an einer öffentlichen Sitzung teilnimmt, sollte eigentlich froh darüber sein, dass die Öffentlichkeit das mitbekommt. Ich bzw. unsere Fraktion macht sehr viel Öffentlichkeitsarbeit, und das nicht nur bei 0,01 Prozent der Bevölkerung, sondern in unserer Fraktionszeitung - sie hat in Köln eine Auflage von 30 000 - informieren wir die Bürger regelmäßig über unsere Tätigkeit. Von daher ist das wichtig.

Die Kostenfrage kann man auch beantworten. Ich habe mich genau erkundigt. Hier im Ratssaal liegen alle Leitungen, sowohl für die Elektrik als auch für die Tonübertragung. Es entstehen also keine großen Kosten. Man könnte hier eine solche Kamera postieren. Auch die rechtlichen

Bedenken kann man ausräumen. Es kann nicht sein, dass wir zwar den Anspruch als Medienstadt erheben, aber eine Stadt wie Bonn, die weniger als ein Drittel der Einwohner von Köln hat, oder eine Stadt wie Bottrop, die weniger Einwohner hat als mancher Kölner Stadtbezirk, ein solches Informationssystem mittlerweile zur Verfügung stellt.

Darum bitten wir Sie jetzt - im sachlichen Interesse und im Interesse der Information der Bevölkerung. Stimmen Sie dem Antrag der Fraktion pro Köln zu, und setzen Sie, Herr Oberbürgermeister, diesen Antrag schnellstmöglich um. - Danke.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Lassen Sie mich noch einen Satz aus Sicht der Verwaltung dazu sagen. Der Rat hat der Verwaltung bereits einen Prüfauftrag zum Livestream erteilt. Im Augenblick wird in der Verwaltung eine Vorlage erarbeitet. Sobald wir so weit sind, wird sie dem Rat zur Diskussion und zur Entscheidung vorgelegt. Deswegen halte ich diesen Antrag für überflüssig. - Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Vielen Dank für eine Stellungnahme zu einem sachlichen Thema. Anscheinend sollten Sie den Beschlusstext unseres Antrags noch einmal lesen. Wir fordern die Umsetzung. Warum soll die Verwaltung für teures Geld etwas prüfen, was der Rat umgesetzt haben will? Sie mahnen uns doch immer, wie teuer solche Prüfungen der Verwaltung sind. Warum muss sie etwas prüfen, was wir unbedingt als Medienstadt Köln brauchen? Bitte setzen Sie unseren Antrag um! - Danke.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich will noch einmal darauf hinweisen, dass hier durchaus komplizierte rechtliche und technische Fragen zu klären sind. Sobald die Verwaltung ein entsprechendes Konzept vorgelegt hat, wird es dem Rat zur Verfügung gestellt.

(Jörg Uckermann [pro Köln]: In Bonn geht das aber!)

Jetzt kommen wir zur Abstimmung. Wer ist für den Antrag der Fraktion pro Köln? - Das ist die

Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist das so abgelehnt.

Damit haben wir die Anträge abgearbeitet. Wir kommen jetzt zu den Anfragen:

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Es liegen Anfragen von der Fraktion pro Köln sowie von der CDU-Fraktion vor. Ich weise noch einmal darauf hin, dass jeweils zwei Nachfragen von der jeweiligen Fraktion zulässig sind. So besagt es unsere Geschäftsordnung.

4.1 Anfrage der Fraktion pro Köln betreffend "Unterbringung von Asylbewerbern im Hotel Dürscheidt in Porz-Urbach" AN/0019/2013

Antwort der Verwaltung vom 04.02.2013 0216/2013

Die Antwort der Verwaltung liegt vor. Gibt es dazu noch eine Nachfrage? - Herr Wiener.

Markus Wiener (pro Köln): Im Wesentlichen geht es darum, dass uns die Verwaltung die Auskunft zu einem sehr zentralen Punkt verweigert. Wir hatten konkret gefragt: Welche Kosten entstehen der Stadtverwaltung monatlich durch die Unterbringung von Asylbewerbern im Hotel Dürscheidt? Daraufhin wurde uns sowohl in einem Vorgespräch, das Herr Uckermann mit der Sozialdezernentin geführt hat, als auch in der schriftlichen Antwort der Verwaltung mitgeteilt, das könne man nicht beantworten, denn das wäre Betriebsgeheimnis des Hotels Dürscheidt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Also?

Markus Wiener (pro Köln): Die Nachfrage kommt sofort. Ich muss ja kurz den Hintergrund erklären. - Die Verwaltung weigert sich also, diese konkrete Information herauszurücken, obwohl es vonseiten der Verwaltung ganz klar heißt, dass man das Hotel nicht als Ganzes, sondern nur einzelne Hotelzimmer für die Asylbewerber angemietet hat. Dann ist doch an uns, die Kosten hierfür zu erfahren. Der Rat soll das Verwaltungshandeln kontrollieren. Die Stadt Köln gibt hier viel Geld aus; uns wird aber diese Information verweigert. Das kann nicht sein.

Das hat auch nichts mit Betriebsgeheimnis zu tun. Die Preislisten des Hotels Dürscheidt waren in der Vergangenheit frei zugänglich. Die Zimmerpreise liegen zwischen 70 und 240 Euro pro Doppelzimmer. Wir möchten jetzt die genauen Kosten wissen. Es ist ein Unding, dass uns diese Information von der Verwaltung vorenthalten wird.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Bitte.

Beigeordnete Henriette Reker: Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hatte es schon bei Tagesordnungspunkt 3.1.2 erläutert. Wir haben die durchschnittlichen Kosten aller Hotelunterbringungen ermittelt.

(Jörg Uckermann [pro Köln]: Das war nicht unsere Frage!)

Ich habe darüber hinaus gesagt, dass die Kosten für die Unterbringung im Hotel Dürscheidt sogar am unteren Ende liegen. Ich bleibe dabei, dass eine konkrete Benennung hier nicht möglich ist, weil dies Betriebsgeheimnisse des Hotels verletzt. Da werde ich nicht eingreifen. Außerdem bin ich der Auffassung, dass ich mit dieser klaren Aussage Ihr Informationsbedürfnis gestillt haben müsste.

(Jörg Uckermann [pro Köln]: Überhaupt nicht!)

Sie sind ja eben von ganz anderen Zahlen ausgegangen, nämlich von einem normalen Hotelbetrieb, der dort aber nicht mehr stattfindet.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. - Noch eine zweite Nachfrage?

Markus Wiener (pro Köln): Eher ein Vorschlag zur Güte: Sie könnten die Information ja später im nichtöffentlichen Teil nachreichen. Dann bliebe das Betriebsgeheimnis gewahrt. So wäre das Problem gelöst. Gestern wurde im Beschwerdeausschuss darüber aufgeklärt, dass über das, was im nichtöffentlichen Teil behandelt wird, größtes Stillschweigen zu bewahren ist, und erwähnt, dass bisher nie Informationen aus dem nichtöffentlichen Teil an die Öffentlichkeit gedrungen sind. Das würde ja bei dieser Auskunft ebenso der Fall sein.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Stellen Sie den Antrag?

Markus Wiener (pro Köln): Ja. Um das Betriebsgeheimnis des Hotels Dürscheidt zu wahren - das ist ja Ihre Rechtsauffassung -, stelle ich den Antrag, die Beantwortung unserer Anfrage im nichtöffentlichen Teil nachzureichen oder sie den Fraktionen vertraulich zukommen zu lassen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ohne Einverständniserklärung des Hotels können wir das auch nicht im nichtöffentlichen Teil nachreichen. Von daher kann das jetzt nicht in den nichtöffentlichen Teil verwiesen werden. Wir müssen dazu erst das Einverständnis des Hotels einholen. Wir schließen ja nicht selber die Mietverträge ab, sondern das machen die Betroffenen selbst.

Wir kommen zu:

4.2 Anfrage der Fraktion pro Köln betreffend „Onlineportal zum Bürgerhaushalt“ AN/0080/2013

Antwort der Verwaltung vom 29.01.2013 0219/2013

Gibt es dazu Nachfragen? - Herr Uckermann.

(Jörg Uckermann [pro Köln]: Geht doch! - Gegenruf von Henk van Benthem [CDU]: Langsam reicht es!)

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Auch hier verlangen wir eine Kostentransparenz. Für uns ist nicht einsehbar, warum für eine einfache Internetseite 30 000 Euro Grundaufwand von der Stadt Köln bezahlt wurden.

Wir haben folgende Frage: Wie sind Sie an den Auftragnehmer gekommen? Hat es eine Ausschreibung gegeben? Haben sich da mehrere beworben? Wie kommt es, dass Sie solch horrenden Preise für ein so einfaches System bezahlen, 30 000 Euro für eine Internetseite? Warum hat es die Stadt Köln nicht selber mit eigenen Kräften gemacht? Wir haben doch eine große IT-Abteilung.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Sie bekommen dann eine schriftliche Beantwortung dieser Frage.

(Jörg Uckermann [pro Köln]: Sehr souverän!)

- Ja, sehen Sie.

Dann kommen wir zu:

4.3 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend „Archäologische Zone/Jüdisches Museum“ AN/0176/2013

Antwort der Verwaltung vom 05.02.2013 0456/2013

Bitte.

Dr. Ralph Elster (CDU): Herr Oberbürgermeister, die CDU-Fraktion hält die Antwort für unvollständig. Unseres Erachtens ist sie zum jetzigen Zeitpunkt, insbesondere zur ersten Teilfrage, unvollständig. Dort ist nur aufgeführt, was ab 2010 passiert ist. Wir haben die Verwaltung in der Frage aber explizit aufgefordert, uns darzustellen, wie die Projektkosten sich seit 2006 entwickelt haben. Wir haben auch gefragt, welche externen Fördermittel insgesamt für die Archäologische Zone zur Verfügung gestellt worden sind. In der Antwort fehlen zum Beispiel die Mittel, die über das EU-Projekt PORTICO für die Archäologische Zone zur Verfügung gestellt worden sind, und das Geld, das zur Sanierung des Ubiermonuments zur Verfügung gestellt worden ist. Darüber hinaus fehlen die internen Betriebskosten. Die hätten wir gerne ebenfalls ausgewiesen, weil es sich dabei um Kosten handelt, die sich im Laufe der Jahre akkumuliert haben.

Was die Teilfrage 2 angeht, sind wir der Auffassung, dass insbesondere die Personal- und Steuerungskosten der Verwaltung, die ursächlich durch die Grabung initiiert worden sind, mit zu den Grabungskosten gezahlt werden müssen. Das hätten wir gerne auch aufgeführt. Der hier als reine Grabungskosten ausgewiesene Betrag von 1,42 Millionen Euro erscheint uns im Augenblick sehr gering. Er scheint uns nicht die komplette Kostenstruktur aufzuzeigen.

Dann habe ich noch eine Frage, die sich nicht an die Fachverwaltung richtet, sondern explizit an Sie, Herr Oberbürgermeister. Sie betrifft die

Teilfrage 6. Dem Schriftwechsel zwischen Ihnen und Frau Lubeg ist zu entnehmen, dass nicht nur die CDU-Fraktion der Meinung war, dass der LVR nach dem Beschluss des Rates von Stund an Befund und Konzeption der Archäologischen Zone zu verantworten hat, sondern dass das auch Frau Lubeg denkt. Da Sie eine andere Auffassung als Frau Lubeg haben, hätten wir gerne noch gehört, was denn der aktuelle Sachstand ist; denn es geht um nicht mehr und nicht weniger als ein Projekt, das ungefähr 70 Millionen Euro kosten wird. Das soll dann auch ordentlich konzipiert und gesteuert werden.

Beigeordneter Prof. Georg Quander: Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Elster, die Antworten zur ersten Nachfrage werden wir gerne nachliefern. Das können wir Ihnen schriftlich zur Verfügung stellen.

Nun zu den Grabungskosten: Es ist Beschlusslage, dass die Personalkosten bei der Stadt Köln, die ohnehin da wären - unabhängig davon, wer aus der Stadtverwaltung die Steuerung dieses Projekts vornimmt oder nicht -, nicht Bestandteil der Grabungskosten sind. Bei den Grabungskosten sind hier die Kosten für die Mannschaft, die draußen ist und gräbt, und natürlich die Kosten für Material, Versicherung etc. aufgeführt - also nicht die fixen Personalkosten. Die laufen im normalen Personalkostenhaushalt und sind nicht Bestandteil der Projektkosten.

Was Ihre letzte Frage angeht, weiß ich nicht, ob Herr Oberbürgermeister noch etwas dazu sagt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Das kann ich auch selbst machen.

Beigeordneter Prof. Georg Quander: Ich möchte nur auf die Antwort zur Frage 4 hinweisen. Sie gibt den aktuellen Stand insofern wieder, als dass der LVR diese Forderung nach wie vor aufrechterhält, aber, wie von uns beschlossen, zunächst einmal die Basis geschaffen werden muss. Das ist die Forderung für seine Beteiligung. Aber das setzt natürlich voraus, dass die Beteiligung tatsächlich zustande kommt. Deswegen gibt es die vertragliche Vereinbarung, wie hier im Dezember 2012 auch vorgeschlagen, bis zur Sommerpause die Basis zu legen und das im Rahmen dessen dann auch zu klären.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. - Ich glaube, dass das umfassend genug dargestellt ist. Damit ist die Anfrage auch beantwortet.

Als nächsten Tagesordnungspunkt rufe ich auf:

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

6.1.1 Änderung der Satzung der Stadt Köln zu § 11 a Abs. 2 ÖPNVG NRW vom 30.08.2011 in der als Anlage 3 beigefügten Fassung 4277/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 6.1.2:

6.1.2 1. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln über die Erhebung einer Steuer auf Vergnügungen sexueller Art vom 19. Mai 2010 4575/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer ist gegen diese Satzung? - Das sind die Fraktion der FDP und die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist sie angenommen.

Ich rufe auf:

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und Ähnliches

6.2.1 Neufassung der Friedhofsgebührensatzung der Stadt Köln 4527/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer dagegen ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der CDU, die Fraktion der FDP, die Fraktion pro Köln und Herr Hoffmann. Wer enthält sich? - Enthaltung der Fraktion Die Linke. Damit ist diese Friedhofsgebührensatzung so beschlossen.

Nun kommen wir zu:

10 Allgemeine Vorlagen

Zu Tagesordnungspunkt 10.1:

**10.1 VRS: kostenlose bzw. preislich deutlich reduzierte Fahrradmitnahme im VRS-Gebiet
3300/2012**

Ich sehe eine Wortmeldung bei der Fraktion Die Linke. Bitte.

Jörg Detjen (Die Linke.): Herr Oberbürgermeister, wir würden gerne über die Alternative abstimmen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. - Dann lasse ich im Sinne des Vortrags von Herrn Detjen zuerst über die Alternative abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion Die Linke. Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der Fraktion pro Köln ist die Alternative abgelehnt.

Damit kommen wir zur Abstimmung über die Beschlussvorlage unter TOP 10.1.

(Susana dos Santos Herrmann [SPD]:
Wie Verkehrsausschuss!)

- Ja, wie Verkehrsausschuss. - Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der SPD, die Fraktion der Grünen, die Fraktion der CDU, die Fraktion der FDP und Herr Hoffmann. Wer enthält sich? - Die Fraktion pro Köln und Herr Zimmermann enthalten sich. Damit ist das so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.2:

**10.2 Wirtschaftsplan des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2013
4198/2012**

Wortmeldungen? - Keine. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Niemand. Dann ist es so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.3:

**10.3 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR Abwasserbeseitigungskonzept Köln, 5. Fortschreibung 2013
4449/2012**

Wie im Umweltausschuss, Anlage 4.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.4:

**10.4 Stadtentwässerungsbetriebe Köln hier: Ertüchtigung der Hochwasserschutzanlage „Lindemauer“ in Köln-Sürth
3847/2012/1**

Wortmeldungen? - Keine. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Einstimmig.

Zu Tagesordnungspunkt 10.5:

**10.5 Rheinboulevard - Teilbereich II: Ufertreppe und Boulevard hier: Vergabe der Bauarbeiten zur Ausführung des 2. Bauabschnitts - Ufertreppe an einen Generalunternehmer
4497/2012**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Weisenstein, bitte schön. Das ist Ihre Jungferrede, Ihre Premiere.

Michael Weisenstein (Die Linke.): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Sie wissen, dass die Redezeit auf fünf Minuten begrenzt ist.

Michael Weisenstein (Die Linke.): Ja. Ich fasse mich auch kurz. - Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Heute wollen Sie einen Generalunternehmer damit beauftragen, ein weiteres Prestigeobjekt, nämlich die Rheinufertreppe des Rheinboulevards, zu realisieren.

Die Sache wurde und wird erneut so dargestellt, als gäbe es keine oder kaum Kosten für die Stadt Köln. Das ist aber nicht richtig.

Die ersten Schätzungen für die Kosten des Rheinboulevards beliefen sich seinerzeit auf 6 Millionen Euro.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Hör! Hör!)

Das ist durch eine Vorlage dokumentiert.

In der Vorlage vom 3. Dezember 2012 sind die Gesamtkosten für den Boulevard mit 21,2 Millionen Euro veranschlagt.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Hör! Hör!)

Dazu kommen noch Planungskosten.

Das Land fördert das Projekt mit 14,3 Millionen Euro. Diese Zusage wurde gegeben, als die Gesamtkosten noch bei circa 18 Millionen Euro lagen. Jede Million, die der Rheinboulevard seitdem teurer wird, hat die Stadt alleine zu tragen.

Heute geht es um die Ufertreppe. Die Ufertreppe ist mit 11,5 Millionen Euro veranschlagt. Das steht auch in der heutigen Vorlage, die Ihnen allen vorliegt. Dazu kommen aber noch Planungskosten für die Treppe in Höhe von 3,95 Millionen Euro. Das ist ebenfalls der Vorlage bzw. der Anlage zur Vorlage aus dem Dezember letzten Jahres zu entnehmen.

Bei diesem Projekt sind die Kosten davongaloppiert. Es ist zu befürchten, dass das so weitergeht.

Sehr geehrte Damen und Herren, es ist nicht in Ordnung, dass bei der desolaten Finanzsituation der Stadt Köln an diesem und anderen Groß- und Prestigeobjekten festgehalten wird. Das zeigt auch der zunehmende Protest der Bevölkerung gegen diese Projekte.

Wir müssen andere Prioritäten setzen. Zuerst ist dafür Sorge zu tragen, dass die soziale Infrastruktur in Köln erhalten bleibt.

Meine Damen und Herren, deshalb möchte ich Sie bitten, dieses Großprojekt zu stoppen und die heutige Vorlage zu diesem Punkt abzulehnen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. - Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist gegen diese Vorlage? - Das sind die Fraktion Die Linke. und die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Bei Enthaltung von Herrn Hoffmann und Herrn Zimmermann ist sie so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.6:

**10.6 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung
Veranstaltungszentrum Köln
hier: Wirtschaftsplan 2013
4653/2012**

Ich sehe keine Wortmeldungen. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist dagegen? - Wer

enthält sich? - Damit ist diese Vorlage so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.7:

**10.7 Familie-Ernst-Wendt-Stiftung
hier: Wirtschaftsplan 2013
0047/2013**

Wortmeldungen? - Keine. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist diese Vorlage einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.8:

**10.8 Kliniken der Stadt Köln gGmbH
hier: Entsendung eines Mitgliedes in
den Aufsichtsrat
0064/2013**

Wortmeldungen? - Keine. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist das bei Enthaltung der Fraktion pro Köln so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.9:

**10.9 Beschaffung und Lieferung der freien
Lernmittel für die Schuljahre 2013/2014
sowie drei Folgeschuljahre
4173/2012**

Herr Frank.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Werte Damen und Herren! Ich beziehe mich auf die Diskussion, die im Schulausschuss und danach zwischen den Fraktionen geführt worden ist. Wir möchten einen veränderten Beschlussvorschlag einbringen. Er lautet:

Die Verwaltung wird beauftragt, die europaweite Ausschreibung für die Beschaffung und Lieferung der freien Lernmittel für das Schuljahr 2013/2014 mit einseitiger Verlängerungsoption jeweils für die drei folgenden Schuljahre für alle städtischen Schulen durchzuführen.

Der Hintergrund ist folgender: Dann kann die Ausschreibung für das im Sommer beginnende nächste Schuljahr durchgeführt werden. Wir haben aber die Gelegenheit, für die Folgeschuljahre zu prüfen - und mit dieser Prüfung die Verwaltung zu beauftragen -, wie die Kriterien für die Beschaffung mit differenzierten Losen aussehen, also mit Losen, die kleiner

sind, zum Beispiel fünf Losen mit jeweils 51 000 Euro, einigen Losen mit 100 000 Euro und weiteren Losen, die größer sind, wie es jetzt der Fall ist. Dafür können wir dann die Rahmenbedingungen bezüglich der europaweiten Ausschreibung prüfen. Jetzt entsteht auch kein Verzug, weil die Ausschreibung für das kommende Schuljahr nach den alten Regeln erfolgt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ja. Zunächst Herr Möring, bitte.

Karsten Möring (CDU): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In doppelter Hinsicht - nicht nur im Rahmen der politischen Bewertung, sondern auch als Betroffener, der in der Praxis sehen kann, wie sich eine solche Umsetzung gestaltet - möchte ich hier erklären, dass es das Minimale ist, was aus unserer Sicht mitgetragen werden kann, wenn es tatsächlich nur darum geht, für das kommende Schuljahr die europaweite Ausschreibung für das gesamte Los weiterzuführen. Wir nehmen sehr kritisch zur Kenntnis, dass darin eine Option zur Verlängerung steht, und erwarten, dass diese Frage für das übernächste Schuljahr noch einmal neu aufgerollt wird.

Es ist nicht nachvollziehbar, dass man, wenn es nicht zwingend ist, eine solche Ausschreibung durchführt, die de facto einen Ausschluss der lokalen Wirtschaft zur Folge hat. Die Buchhandlungen im Kölner Raum haben nach den Erfahrungen der letzten Jahre keine Chance, eine solche Ausschreibung zu gewinnen, weil sie nicht die notwendige Größe haben, um diese Leistungen zu erbringen.

Für die Schulen selbst ist es auch ein Problem, sich bei Nachbestellungen und der Organisation von Lieferungen sowie mit Blick auf die Flexibilität, die man manchmal im Laufe des Schuljahres braucht, mit Lieferanten auseinanderzusetzen, die ihren Sitz weit von Köln entfernt haben.

Deswegen sind wir sehr dafür, hier zu einer anderen Regelung zu kommen. Wir betrachten das, was jetzt vorgelegt wird, als Änderung der ursprünglichen Vorlage der Verwaltung. Das ist ein minimaler Fortschritt, den wir mittragen würden, weil es besser ist als nichts. Es ist aber bei weitem nicht das, was wir anstreben sollten.

Wir mahnen an, dass wir uns mit dieser Frage rechtzeitig vor dem übernächsten Schuljahr noch einmal ausführlich beschäftigen und dann zu anderen Ergebnissen kommen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön, Herr Möring. - Frau Dr. Klein, bitte.

Beigeordnete Dr. Agnes Klein: Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die Diskussion ist im Schulausschuss schon sehr intensiv geführt worden. Der Schulausschuss hat es auch geschoben. Ich verstehe das so, dass Einigkeit besteht, dass wir jetzt für das Schuljahr 2013/2014 ausschreiben müssen; denn die Kinder brauchen die Schulbücher nach den Sommerferien 2013. Das ist auch hier im Raum allgemein Konsens, glaube ich.

Lassen Sie mich noch einmal deutlich darauf hinweisen, dass das Vergaberecht nicht immer mit den Ergebnissen verbunden ist, die wir vielleicht für wünschenswert oder für zielführend halten. Das Vergaberecht folgt anderen Regeln.

Das Verfahren, das wir Ihnen hier vorgeschlagen haben, ist vergaberechtlich korrekt. Wir können natürlich andere Kriterien anwenden und beispielsweise nach Schulformen differenzieren, um die Lose kleiner zu stückeln. Das entbindet uns aber nicht - das betone ich ausdrücklich; das sage ich hier auch als Juristin - von dem Erfordernis der europaweiten Ausschreibung.

Herr Möring, Ihr Ziel, die lokalen Buchläden sehr viel stärker mit ins Boot zu holen, in allen Ehren! Dieses Ziel werden wir aber auch bei einer weiteren Stückelung - wir sind jetzt bei 25 - nicht erreichen; denn wir werden, wie wir es auch drehen und wenden, hier vergaberechtlich korrekt handeln müssen und entsprechend europaweit ausschreiben müssen.

Im Schulausschuss wurden wir gebeten, einmal in anderen Kommunen nachzufragen. Wir haben beispielsweise in Essen nachgefragt. Dort führt man europaweite Ausschreibungen durch. Auch in Münster und in anderen Kommunen werden europaweite Ausschreibungen gemacht. Daher spricht juristisch der Beweis des ersten Anscheins dafür, dass wir hier vergaberechtlich durchaus korrekt handeln.

(Karsten Möring [CDU]: Dann schauen Sie einmal nach dem zweiten Anschein!)

Wie gesagt, werden wir natürlich nicht das Vergaberecht verändern können. Wir sind an bestimmte Regeln gebunden.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön, Frau Dr. Klein. - Herr Breite, bitte.

Ulrich Breite (FDP): Herr Oberbürgermeister, ich bin jetzt ein bisschen verdattert, wer hier alles Vorschläge macht und sie dann als seine eigenen bezeichnet. Sie waren selber dabei, als ich einen Vorschlag unterbreitet habe, den die Verwaltung wohl auch übernehmen will. Die Autorenschaft sollte man dann auch nennen, bevor plötzlich andere Fraktionen hier auftreten, inhaltlich argumentieren und versuchen, einen Vorschlag, den die Verwaltung jetzt als gütigen Kompromiss nimmt, als ihren eigenen zu verkaufen. Darauf möchte ich hier schon Wert legen, Herr Oberbürgermeister. Das wissen Sie auch.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ja. Ich will auch gar nicht bestreiten, dass Sie - -

Ulrich Breite (FDP): Gut. Das wollte ich hier nur noch einmal zu Protokoll geben.

Die Verwaltung schlägt jetzt vor, es für das erste Jahr der insgesamt fünf Jahre so zu machen und nachher eine Überprüfung stattfinden zu lassen, ob Lose mit kleineren Volumina möglich sind.

Frau Juristin, dies soll auch extern geprüft werden. Das ist meiner Fraktion wichtig. Verstehen Sie das bitte richtig, Frau Dr. Klein. Nach den vielen nicht erfolgreichen Abschlüssen vor Gerichten mit städtischen Juristen möchten wir das gerne auch extern prüfen lassen. Haben Sie bitte Verständnis dafür, dass der Rat das so sieht.

Sie haben eigentlich auch zugesagt, dass das Verfahren so durchgeführt wird. Es geht um insgesamt fünf Jahre. Wir können eine Option für die nächsten vier Jahre vorsehen. Jetzt wird die europaweite Ausschreibung durchgeführt. Eigentlich hat der Rat auch nichts dagegen, europaweit auszuschreiben. Uns geht es mehr darum, dass die Lose vom Volumen her geringer werden, damit sich auch kleinere Einheiten an dem Vergabeverfahren beteiligen können. Das ist unsere Botschaft. Es geht nicht um Vergaberecht. - Danke schön.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Frau Dr. Klein.

Beigeordnete Dr. Agnes Klein: Die Beschlussfassung - lassen Sie mich das noch einmal zur Klarstellung sagen - sähe dann wie folgt aus:

Die Verwaltung wird beauftragt, die europaweite Ausschreibung für die Beschaffung und Lieferung der freien Lernmittel für das Schuljahr 2013/2014 mit einseitiger städtischer Verlängerungsoption jeweils für die drei folgenden Jahre 2014/2015, 2015/2016 und 2016/2017 für alle städtischen Schulen durchzuführen.

Ich habe es jetzt so verstanden, dass das der Wille ist.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ja, das ist richtig.

Beigeordnete Dr. Agnes Klein: Mit Verlaub: Damit erheben wir den vorletzten Absatz der Begründung quasi zum Beschluss. Das Ganze ist keine Änderung der Verwaltungsvorlage, sondern eine Präzisierung. So sehe ich das zumindest.

Was die externe Beauftragung angeht, muss man natürlich deutlich machen, dass dadurch auch wieder zusätzliche Kosten entstehen.

(Ulrich Breite [FDP]: Entschuldigung; wenn Sie von der Verwaltung Prozesse verlieren, kostet das auch Geld!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Na gut. - Herr Stadtdirektor Kahlen, bitte.

Stadtdirektor Guido Kahlen: Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Breite, bei dem, was Sie hier fordern, geht es nicht um eine juristische Frage, um das ganz deutlich zu sagen. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, zweifeln Sie nicht an, dass angesichts des Schwellenvolumens von 5 Millionen Euro pro Jahr - in vier Jahren potenziell 20 Millionen Euro - in jedem Fall europaweit ausgeschrieben werden muss. Das ist eine gute gemeinsame Basis.

Was ist die Konsequenz, wenn wir mehr als 25 Lose einrichten? Wir müssen dann drei Dinge erreichen: Erstens muss die Servicefähigkeit gesichert sein. Zweitens müssen die Lose so groß sein, dass wir im Rahmen eines Rahmenvertrages den rabattfähigen Mindestwert von 50 000 Euro erreichen. Drittens müssen wir die räumliche Zusammenfassung hinbekommen, sodass die Serviceleistungen mit der Zustellung und dem sonstigen Service gesichert sind.

Das ist keine juristische Frage. Wir werden dann sicherlich prüfen, inwieweit wir unter diesen Kriterien faktisch die Zahl der Lose vergrößern und damit das Bestellvolumen verringern können. Das ist aber beileibe keine juristische Frage. Ich bitte Sie deshalb, damit einverstanden zu sein, dass das eine Prüfung der faktischen Umsetzungsfähigkeit und der Sicherung des Rabattsystems ist, aber keine juristische Prüfung.

In der Stadtverwaltung haben wir ausreichend juristischen Verstand, um das absichern zu können. Darauf lege ich Wert.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Breite hat sich noch einmal zu Wort gemeldet. Dann sollten wir aber auch zur Abstimmung kommen.

Ulrich Breite (FDP): Herr Stadtdirektor, das können Sie. Uns ist wichtig, was am Ende herauskommt. Sie kennen die Botschaft des Rates. Ob das eine juristische oder eine andere Frage ist, ist mir jetzt einerlei. Ich sehe das bei Ihnen auch in guten Händen. Ich habe ja gehört, dass die Botschaft verstanden worden ist. - Danke schön.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. - Herr Frank möchte auch noch etwas sagen. Danach sollten wir aber wirklich zur Abstimmung kommen, weil die Dinge jetzt auch relativ deutlich sind.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Mich hat das alles ein bisschen verwirrt. Was die Frau Beigeordnete zum Schluss vorgetragen hat, wäre jetzt wohl der Beschlusstext - um mich noch einmal zu vergewissern. Die Verwaltung wird natürlich zugleich gebeten - das haben wir ja schon mehrfach gesagt -, die genannten Prüfungen durchzuführen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Wohlwollend!)

In diesem Zusammenhang möchte ich noch Folgendes bemerken, Herr Stadtdirektor: Der Börsenverein des Deutschen Buchhandels hat eine juristische Stellungnahme herausgegeben, die besagt, dass bei Losen, die unter 200 000 Euro liegen, eine europaweite Ausschreibung nicht notwendig ist. Zwar gibt es den Spruch - Sie sind ja auch Jurist - „fünf Juristen, sieben Meinungen“. Trotzdem muss diese Sache auch geprüft werden. Darüber kann man sich nicht einfach hinwegsetzen.

(Stadtdirektor Guido Kahlen: Keine unnötigen Risiken!)

Aber das steht nicht heute an, sondern später.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: So ist es. - Jetzt ist deutlich geworden, dass der Verwaltungsvorschlag modifiziert und aufgeteilt worden ist. In einem ersten Schritt geht es heute um einen Beschluss für die europaweite Ausschreibung der Beschaffung und Lieferung der freien Lernmittel für das Schuljahr 2013/2014 einschließlich Option. In einem zweiten Schritt können wir beschließen, dass sowohl in rechtlicher als auch in schulfachlicher Hinsicht eine Prüfung der Frage stattfindet, ob es auch möglich ist, weitere Lose zu bilden, um unter der klaren europarechtlichen Vergabepraxis hier eine regional orientierte Beschaffung zu erreichen. - Frau Dr. Klein.

Beigeordnete Dr. Agnes Klein: Ich will zum Schluss nur noch kurz etwas zum Börsenverein des Deutschen Buchhandels sagen. Der Börsenverein hat sich zwar an die EU gewandt. Die EU hat diesen Vorschlag aber abgelehnt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. Das kann dann noch einmal geprüft werden. - Ich habe es eben so formuliert. Ich hoffe, dass es von Ihnen auch so verstanden worden ist.

(Winrich Granitzka [CDU]: Wir haben das verstanden, Herr Oberbürgermeister!)

Dann kommen wir zur Abstimmung über diese modifizierte Vorlage. Wer für den veränderten Beschlussvorschlag in der vorgetragenen Form ist, den bitte ich um ein Handzeichen. - Das sind die Fraktion der SPD, die Fraktion der Grünen,

die Fraktion der CDU, die Fraktion der FDP, die Fraktion pro Köln, die Fraktion Die Linke., Herr Zimmermann und Herr Hoffmann; also einstimmig. - Danke schön, dass wir uns hier darauf einigen konnten.

Zu Tagesordnungspunkt 10.10:

**10.10 Einrichtung eines Bildungsganges im Schulversuch gemäß § 25 Schulgesetz NRW (SchulG):
Berufliches Gymnasium für
Gesundheit, Fachbereich
Gesundheit/Soziales, Fachlicher
Schwerpunkt: Gesundheit
am Berufskolleg Humboldtstr. 41,
50676 Köln (BK 14) zum 01.08.2013
4455/2012**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist das so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.11:

**10.11 Errichtung des Bildungsganges „Fachklassen des dualen Systems der Berufsausbildung und Fachhochschulreife“
0017/2013**

Wortmeldungen? - Keine.
Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.
So beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.12:

**10.12 Bürgerschaftsrahmen der Stadt Köln zur Besicherung der Darlehen zur Finanzierung des Projekts „Grundsanie rung des Rodenkirchenbades“
0135/2013**

Wortmeldungen? - Keine.
Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.
So beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.13:

**10.13 Mittelbewilligung für die Bundestagswahl 2013
0193/2013**

Wortmeldungen? - Keine. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist das so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.14:

10.14 MusikTriennale Köln GmbH hier: Änderung des Gesellschaftsvertrages 4450/2012

Ich sehe keine Wortmeldungen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.15:

**10.15 Jugendzentren Köln gGmbH: Gründung der gemeinnützigen Gesellschaft für urbane Jugendarbeit Köln mbH
0008/2013**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ebenfalls nicht. Wer ist dagegen? - Die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist das so angenommen.

Wir kommen zu:

13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs-/Durchführungs-/Fluchtlinienplänen

**13.1 Aufhebung des Durchführungsplanes 72480/04 (7248 Sc/04) - Satzungsbeschluss - Arbeitstitel: Steyler Straße in Köln-Holweide
4565/2012**

Gegenstimmen? - Keine.
Enthaltungen? - Angenommen.

Ich rufe auf:

14 Erlass von Veränderungssperren

Zu Tagesordnungspunkt 14.1:

**14.1 Satzung über eine zweite Verlängerung der Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Rodenkirchen
Arbeitstitel: „Auenviertel“ in Köln-Rodenkirchen
0060/2013**

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - So angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 14.2:

14.2 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Dellbrück

**Arbeitstitel: Hatzfeldstraße in Köln-Dellbrück
4252/2012**

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 14.3:

14.3 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Mülheim

**Arbeitstitel: Stadtteilzentrum Berliner Straße in Köln-Mülheim
0381/2013**

Wer ist dagegen? - Die Fraktion der FDP ist dagegen. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit so angenommen.

Wir kommen zu:

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragsatzungen

Zu Tagesordnungspunkt 16.1:

**16.1 Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Höniger Weg von Eifelwall bis Pohligstraße in Köln-Zollstock
4263/2012**

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Die Fraktion pro Köln enthält sich. Angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 16.2:

**16.2 Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage An der Rather Burg (befahrbarer Wohnweg) von An der Rather Burg bis Beginn Fuß- und Radweg in Köln-Rath/Heumar
4275/2012**

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 16.3:

**16.3 Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Tunisstraße (östliche Anliegerfahrbahn) von Unter Sachsenhausen bis Ursulastraße/Victoriastraße in Köln-Altstadt/Nord
4281/2012**

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 16.4:

**16.4 Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Tunisstraße (westliche Anliegerfahrbahn) von Unter Sachsenhausen bis Enggasse in Köln-Altstadt/Nord
4287/2012**

Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Angenommen

Zu Tagesordnungspunkt 16.5:

**16.5 227. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Abs. 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
3482/2012**

In der Fassung des Verkehrsausschusses.

Wer ist dagegen? - Die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 16.6:

**16.6 229. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Abs. 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
4030/2012**

Wer ist dagegen? - Die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. So angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 16.7:

**16.7 Elfte Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln vom 29. Juni 2001 über die Erhebung eines Erschließungsbeitrages
4205/2012**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer ist dagegen? - Die Fraktion pro Köln ist dagegen. Enthält sich jemand? - Das ist nicht der Fall. Dann ist das so angenommen.

Wir kommen zu:

17 Wahlen

Zu Tagesordnungspunkt 17.1:

17.1 Hauptversammlung des Deutschen Städtetages
hier: Nachbenennung von zwei Abgeordneten der Stadt Köln
4430/2012

Dort sind Herr Dr. Ralf Heinen und Herr Jörg Frank genannt.

Gibt es weitere Vorschläge? - Das ist nicht der Fall.

Dann können wir abstimmen. Wer gegen diesen Vorschlag ist, den bitte ich um ein Handzeichen. - Das ist niemand. Wer enthält sich? - Ebenfalls niemand. Damit sind die Betreffenden benannt.

Zu Tagesordnungspunkt 17.3:

17.3 Antrag der SPD-Fraktion
hier: Namentliche Benennung eines Vertreters der Stadt im Vorstand des Deutschen Sport & Olympia Museum e. V.
AN/0164/2013/1

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - So angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.4:

17.4 Antrag der CDU-Fraktion
hier: Nachwahl für den Verkehrsausschuss und den Rechnungsprüfungsausschuss
AN/0169/2013

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. So angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.5:

17.5 Antrag der CDU-Fraktion
hier: Nachwahl Kuratorium Krankenhausstiftung Porz am Rhein
AN/0170/2013

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. So angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.6:

17.6 Antrag der Fraktion Die Linke.
hier: Benennung eines Mitglieds für den Ausschuss Kunst und Kultur
AN/0171/2013

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. So angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.7:

17.7 Antrag der Fraktion Die Linke.
hier: Benennung eines stimmberechtigten Mitgliedes für den Jugendhilfeausschuss
AN/0172/2013

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. So angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.8:

17.8 Antrag der Fraktion Die Linke.
hier: Benennung eines Mitgliedes mit beratender Stimme für den Ausschuss Schule und Weiterbildung
AN/0174/2013

Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Keine. Damit angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.9:

17.9 Antrag der Fraktion Die Linke.
hier: Benennung eines Mitgliedes für den Integrationsrat
AN/0178/2013

Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Angenommen

Zu Tagesordnungspunkt 17.10:

17.10 Antrag der FDP-Fraktion
hier: Benennung eines Sachkundigen Einwohners im Wirtschaftsausschuss
AN/0177/2013

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. So beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.11:

17.11 Antrag der SPD-Fraktion
hier: Nach- und Umbesetzung von Gremien
AN/0185/2013

Dazu liegt Ihnen eine Tischvorlage vor. Das Ausscheiden von Herrn Michael Zimmermann aus dem Rat führt dazu, dass entsprechende Umbesetzungen von Gremien erforderlich sind. Das gilt für den Hauptausschuss, den Stadtentwicklungsausschuss und den Liegenschaftsausschuss.

Gibt es Gegenstimmen gegen diesen Vorschlag? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Ebenfalls nicht. Dann ist das so angenommen. - Vielen Dank.



Damit haben wir das Ende des öffentlichen Teils
unserer heutigen Sitzung erreicht.

(Schluss: 17:40 Uhr)